



Bozen/ Bolzano, 18.07.2023

Bearbeitet von / redatto da:
Paul Gänsbacher
Tel. 0471411800
paul.gaensbacher@provinz.bz.it

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei übersenden wir Ihnen den Leitfaden für die Durchführung einer strategischen Umweltprüfung (SUP) für Gemeindeplanungsinstrumente, den die Ämter der Landesagentur für Umwelt und Klimaschutz und der Abteilung Natur, Landschaft und Raumentwicklung in Absprache mit dem Südtiroler Gemeindenverband ausgearbeitet haben. Der Leitfaden soll helfen, die strategische Umweltprüfung und die Feststellung der SUP-Pflicht für die Erstellung und Genehmigung der verschiedenen Gemeindeplanungsinstrumente korrekt abzuwickeln.

Der Leitfaden behandelt sowohl die rechtlichen Aspekte der strategischen Umweltprüfung (Zuständigkeiten, Verfahren, usw.) als auch die Inhalte des Umweltberichtes und Umweltvorberichtes.

Wir sind überzeugt, dass dieser Leitfaden eine wertvolle Hilfestellung für die Gemeinden und Planer darstellt. Wir werden den Leitfaden auch auf den Web-Seiten der Landesagentur für Umwelt und Klimaschutz und der Abteilung Natur, Landschaft und Raumentwicklung zur Verfügung stellen.

Mit freundlichen Grüßen,

Der Direktor der Landesagentur für Umwelt und Klimaschutz

Die Direktorin der Abteilung Natur, Landschaft und Raumentwicklung

Dr. Flavio Ruffini

(mit digitaler Unterschrift unterzeichnet / sottoscritto con firma digitale)

Südtiroler Gemeindenverband
Kanonikus-Michael-Gamper-Straße 10
39100 Bozen

gvcc@legalmail.it

Gentile Signori e Signori,

in allegato inviamo le linee guida alla Valutazione ambientale strategica VAS per gli strumenti di pianificazione territoriale dei Comuni, che gli uffici dell'Agenzia provinciale per l'ambiente e la tutela del clima e della Ripartizione Natura, Paesaggio e Sviluppo del territorio hanno predisposto di concerto con il Consorzio dei Comuni dell'Alto Adige. Le linee guida hanno lo scopo di aiutare a svolgere in modo corretto la valutazione ambientale strategica e la verifica di assoggettabilità a VAS per i vari strumenti urbanistici comunali.

Le linee guida trattano sia gli aspetti giuridici della valutazione ambientale strategica (competenze, procedure, ecc.) sia i contenuti del rapporto ambientale e del rapporto ambientale preliminare.

Siamo convinti che queste linee guida siano un supporto importante per i Comuni e i progettisti. Le linee guida saranno messe a disposizione anche sui siti web dell'Agenzia provinciale per l'ambiente e la tutela del clima e della Ripartizione Natura, Paesaggio e Sviluppo del territorio

Cordiali saluti,

Il direttore Agenzia provinciale per l'ambiente e la tutela del clima

La direttrice della Ripartizione Natura, Paesaggio e Sviluppo del territorio

Dr. Virna Bussadori



Leitfaden zur strategischen Umweltprüfung SUP für die Raumplanungsinstrumente der Gemeinden



Inhaltsverzeichnis

Einleitung	S. 2
1. Gesetzlicher Rahmen	S. 2
2. Anwendungsbereich	S. 2-3
3. Beteiligte Behörden	S. 3
4. Zuständigkeiten der Gemeinden im Bereich der SUP	S. 3-4
4.1 Ermittlung der zuständigen Behörde für die SUP	S. 4
5. Entscheidungsbaum SUP	S. 4
6. Verfahren zur Feststellung der SUP-Pflicht	S. 4-5
6.1 Erstellung des Umweltvorberichtes	S. 4-5
6.2 Ermittlung der zuständigen Subjekte	S. 5
6.3 Entscheidung über die SUP-Pflicht	S. 5
6.4 Veröffentlichung der Entscheidung	S. 5
7. SUP-Verfahren	S. 6-7
7.1 Erstellung des Umweltberichtes	S. 6
7.2 Konsultationen	S. 6
7.3 Bewertung der voraussehbaren Umweltauswirkungen	S. 6
7.4 Veröffentlichung der Entscheidung	S. 6-7
7.5 Überwachung	S. 7
8. Anhänge	S. 8-19
A – Entscheidungsbaum SUP	S. 8-9
B – Flussdiagramme	S. 10-12
C – Inhalte des Umweltvorberichtes	S. 13-14
D – Inhalte des Umweltberichtes	S. 15-18
E – Nützliche Links	S. 19

EINLEITUNG

Der gegenständliche Leitfaden wurde von der Landesagentur für Umwelt- und Klimaschutz und der Abteilung Natur, Landschaft und Raumentwicklung der Autonomen Provinz Bozen in Abstimmung mit dem Südtiroler Gemeindenverband erarbeitet.

Im Sinne der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und der Vereinfachung wird das Verfahren zur strategischen Umweltprüfung (SUP) mit jenen für die Raumplanungsinstrumente der Gemeinde koordiniert, um doppelte Verfahren zu vermeiden und die Einhaltung der vorgesehenen Fristen zu gewährleisten.

1. GESETZLICHER RAHMEN

Mit dem Landesgesetz vom 5. April 2007, Nr. 2, hat die Autonome Provinz Bozen den Inhalt der Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme umgesetzt.

Mit dem Landesgesetz vom 13. Oktober 2017, Nr. 17, i. g. F. (im Folgenden LG 17/2017), wurde in Übereinstimmung mit dem gesetzesvertretenden Dekret Nr. 152 vom 3. April 2006 und nachfolgenden Änderungen (im Folgenden GvD 152/2006) die Feststellung der SUP-Pflicht eingeführt und die Zuständigkeiten und Verfahren neu festgelegt.

Sofern nicht vom Landesgesetz geregelt, finden, soweit vereinbar, die staatlichen Bestimmungen (GvD 152/2006, - zweiter Teil, Titel I und II) Anwendung.

Ziel der SUP und der Feststellung der SUP-Pflicht ist es, ein hohes Umweltschutzniveau zu gewährleisten, indem bei der Ausarbeitung von Plänen und Programmen Umweltbelange berücksichtigt werden, um die voraussichtlichen Auswirkungen des Planes oder Programmes auf die Umwelt zu prüfen (siehe Art. 1 der Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001).

Das Prinzip dieser Umweltprüfung liegt in der vorzeitigen Berücksichtigung von Umweltaspekten in der Planungsphase, um mögliche negative Folgen auf die Umwelt zu vermeiden und mögliche positive Effekte zu erzielen.

2. ANWENDUNGSBEREICH

Der Artikel 6 des LG 17/2017 regelt in Übereinstimmung mit dem GvD 152/2006 den Anwendungsbereich der Feststellung der SUP-Pflicht und der SUP.

Der SUP werden alle Pläne und Programme unterzogen,

- a) die in den Bereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Energie, Industrie, Verkehr, Abfallwirtschaft, Wasserwirtschaft, Beurteilung und Kontrolle der Luftqualität, Telekommunikation, Fremdenverkehr, Raumordnung oder Bodennutzung ausgearbeitet werden und die den Rahmen für die künftige Genehmigung von Projekten bilden, die der

- Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) bzw. dem Verfahren zur Feststellung der UVP-Pflicht unterliegen;
- b) bei denen eine Verträglichkeitsprüfung nach Artikel 6 oder 7 der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen erforderlich ist (Natura 2000-Gebiete).

Für geringfügige Änderungen von den obgenannten Plänen und Programmen ist eine strategische Umweltprüfung dann notwendig, wenn die zuständige Behörde nach Feststellung der SUP-Pflicht und unter Berücksichtigung der Umweltsensibilität des jeweiligen Planungsraumes feststellt, dass erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten sind.

Die zuständige Behörde bewertet durch das Verfahren zur Feststellung der SUP-Pflicht, ob andere Pläne und Programme als jene laut Punkten a) und b), die den Rahmen für die künftige Genehmigung von Projekten bilden, erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben können.

Bei Änderungen von Plänen und Programmen oder im Falle von Durchführungsmaßnahmen zu Plänen oder Programmen (z.B. Durchführungsplänen), die bereits der Feststellung der SUP-Pflicht oder der SUP unterzogen wurden, beschränkt sich das Verfahren auf die Überprüfung der erheblichen Umweltauswirkungen, die zuvor nicht von den übergeordneten Planungsinstrumenten berücksichtigt wurden. Was die Durchführungspläne betrifft, wird auf den Art. 60, Abs. 6 des Landesgesetzes für Raum und Landschaft vom 10. Juli 2018, Nr. 9, i.g.F. (im Folgenden LG 9/2018), verwiesen, welcher Folgendes vorsieht: „Die Durchführungspläne unterliegen weder der strategischen Umweltprüfung (SUP) noch der Feststellung der SUP-Pflicht, wenn der Gemeindeplan der SUP unterzogen wurde und darin die Standortbestimmung der neuen Vorhaben und der Erschließungsanlagen, die jeweilige Baudichte, die zugelassenen Nutzungen und die Vorgaben hinsichtlich der Baumassenverteilung, der Charakteristik und der baulichen Gestaltung festgelegt sowie die Grenzen und Bedingungen für die Umweltverträglichkeit der vorgesehenen Veränderungen aufgezeigt sind.“

3. BETEILIGTE BEHÖRDEN UND FACHSTELLEN

Zuständige Behörde: die öffentliche Verwaltung, die für die Feststellung der SUP-Pflicht und für die Ausarbeitung des begründeten Gutachtens im Rahmen der SUP zuständig ist.

Beantragende Behörde: die öffentliche Verwaltung, die den Plan oder das Programm ausarbeitet oder sich den Plan oder das Programm von anderen öffentlichen oder privaten Subjekten zu eigen macht und den Plan oder das Programm beschließt.

Zuständige Fachstellen im Umweltbereich: Öffentliche Verwaltungen und öffentliche Körperschaften mit spezifischen Kompetenzen im Umweltbereich.

4. ZUSTÄNDIGKEITEN IM BEREICH DER SUP

Für die SUP der Landesplanungsinstrumente sowie für die Änderungen auf Landesinitiative an den gemeindlichen und übergemeindlichen Planungsinstrumenten ist das Land zuständig.

Im Bereich der Raumplanung sind die Gemeinden für die SUP der gemeindlichen und übergemeindlichen Planungsinstrumente sowie der Änderungen an den Landschaftsplänen auf

Gemeindeinitiative zuständig. In diesen Fällen werden die Verfahren zur Feststellung der SUP-Pflicht und die SUP-Verfahren im Rahmen der vom LG 9/2018 vorgesehenen Verfahren zur Genehmigung der Raumplanungsinstrumente unter Beachtung der vom LG 17/2017 vorgesehenen Fristen und Veröffentlichungspflichten abgewickelt.

Raumplanungsinstrumente der Gemeinde im Sinne dieses Leitfadens sind:

- a) das Gemeindeentwicklungsprogramm,
- b) der Gemeindeplan für Raum und Landschaft,
- c) die Durchführungspläne

Im Rahmen der gemeindlichen Raumplanung bestimmt die Gemeinde die zuständige Behörde sowie die zuständigen Fachstellen im Umweltbereich.

4.1 Ermittlung der zuständigen Behörde für die SUP

Die zuständige Behörde wird von der Gemeinde ermittelt, welche den Plan oder das Programm erstellt bzw. ändert. Die beantragende Behörde und die zuständige Behörde müssen dabei strikt voneinander getrennt sein*.

Je nach Struktur der Gemeindeverwaltung gibt es mehrere Möglichkeiten, die zuständige Behörde zu bestimmen, wie z. B.:

- Die Gemeindekommission für Raum und Landschaft;
- Das Umweltamt bzw. die Dienststelle für Umwelt
- Eine beauftragte Person mit hoher Spezialisierung auf dem Gebiet des Umweltschutzes, beispielsweise ein/e Sachverständige/r für Natur, welche/r im Sachverständigenverzeichnis laut Art. 9 des LG 9/2018 eingetragen ist.

* Mehrere Urteile auf europäischer und staatlicher Ebene bekräftigen die Notwendigkeit, die beantragende Behörde von der zuständigen Behörde zu trennen. Zudem ist sicherzustellen, dass die zuständige Behörde über ein angemessenes Maß an Unabhängigkeit sowie über Kompetenzen im Bereich des Umweltschutzes bzw. der Erhaltung und Verbesserung der Umwelt und der nachhaltigen Entwicklung verfügt (Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH), IV Kammer, 20. Oktober 2011, Rechtssache C-474/10).

5. ENTSCHEIDUNGSBAUM SUP

Mit Hilfe des Entscheidungsbaums (s. Anhang A) kann Schritt für Schritt überprüft werden, welche Pläne und Programme verpflichtend dem Verfahren zur Feststellung der SUP-Pflicht (Screening SUP) bzw. dem SUP-Verfahren zu unterziehen sind. Angeführte konkrete Beispiele können dabei als zusätzliche Entscheidungshilfe herangezogen werden.

6. VERFAHREN FÜR DIE FESTSTELLUNG DER SUP-PFLICHT (s. Anhang B)

6.1 Erstellung des Umweltvorberichtes

Die beantragende Behörde oder jenes andere öffentliche oder private Subjekt, welches den Entwurf zum Plan oder Programm vorlegt, verfasst einen Vorbericht und übermittelt ihn der zuständigen Behörde. Dieser Vorbericht umfasst eine Beschreibung des Planes oder Programmes und die notwendigen

Informationen und Daten zur Überprüfung der erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt, wobei die Kriterien des Anhangs II der Richtlinie 2001/42/EG berücksichtigt werden (s. Anhang C).

6.2 Ermittlung der zuständigen Fachstellen im Umweltbereich

Die zuständige Behörde legt die zu konsultierenden zuständigen Fachstellen im Umweltbereich fest und holt ihr Gutachten ein, mit dem sie sich zum Plan oder Programm im Allgemeinen als auch zu den Umweltauswirkungen äußern.

Das Gutachten wird innerhalb von 30 Tagen der zuständigen Behörde und der beantragenden Behörde übermittelt.

Die möglichen zuständigen Fachstellen im Umweltbereich sind:

- Landesämter, die auf der Grundlage des Inhalts des Plans oder des Programms gemäß den geltenden Rechtsvorschriften zum Schutz der Umwelt, der Landschaft, der Natur und der hydrogeologischen Vinkulierung usw. eine Stellungnahme abgeben müssen
- Öffentliche Verwaltungen und öffentliche Körperschaften, die auf der Grundlage des Inhaltes des Planes oder Programmes zur Bewertung der möglichen Auswirkungen auf die Umwelt beitragen können, z.B.
 - Amt für Landschaftsplanung
 - Amt für Natur
 - Amt für Luft und Lärm
 - Labor für Luftanalysen und Strahlenschutz
 - Amt für Abfallwirtschaft
 - Amt für nachhaltige Gewässernutzung
 - Amt für Gewässerschutz
 - Biologisches Labor
 - Amt für Jagd und Fischerei
 - Abteilung Forstwirtschaft
 - andere öffentliche Körperschaften mit Umweltkompetenz.

6.3 Entscheidung über die SUP-Pflicht

Die zuständige Behörde entscheidet auf der Grundlage der Kriterien laut Anhang II der Richtlinie 2001/42/EG und unter Berücksichtigung der erhaltenen Gutachten, ob der Plan oder das Programm der SUP unterliegt. Entscheidet die zuständige Behörde, den Plan oder das Programm nicht der SUP zu unterziehen, so ist dies in einem begründeten Rechtsakt mit den eventuell erforderlichen Bedingungen anzugeben. Die Entscheidung ist in der Beschlussfassung zum Plan oder Programm ausdrücklich anzuführen. Entscheidet die zuständige Behörde den Plan oder das Programm einer SUP zu unterziehen, so wird das entsprechende SUP-Verfahren eingeleitet.

6.4 Veröffentlichung der Entscheidung

Die Entscheidung über Feststellung der SUP-Pflicht und die entsprechenden Begründungen werden an der Amtstafel der Gemeinde sowie im Südtiroler Bürgernetz veröffentlicht.

7. SUP-VERFAHREN (s. Anhang B)

7.1 Erstellung des Umweltberichtes

Die beantragende Behörde oder jenes andere öffentliche oder private Subjekt, welches den Entwurf zum Plan oder Programm vorlegt, verfasst einen Umweltbericht mit den Angaben gemäß Anhang I der Richtlinie 2001/42/EG (siehe Anhang D) und übermittelt ihn zusammen mit dem Entwurf des Planes oder Programmes und einer in deutscher und italienischer Sprache verfassten nichttechnischen Zusammenfassung des Umweltberichtes der zuständigen Behörde.

Die zuständige Behörde bestimmt die zuständigen Fachstellen im Umweltbereich, die in das Verfahren einzubeziehen sind und leitet ihnen den Umweltbericht und obgenannte Dokumente weiter.

Der Umweltbericht wird von der zuständigen Behörde und den zuständigen Fachstellen auf Vollständigkeit und Angemessenheit überprüft und von der beantragenden Behörde erforderlichenfalls geändert bzw. ergänzt. Handelt es sich bei der zuständigen Behörde um die Gemeindekommission für Raum und Landschaft, so äußert sie sich auch zum Planentwurf.

7.2 Konsultationen

Der Entwurf des Planes oder Programmes wird von der beantragenden Behörde beschlossen und zusammen mit den entsprechenden Unterlagen, dem Umweltbericht und der nichttechnischen Zusammenfassung für einen Zeitraum von 60 Tagen an der Amtstafel der Gemeinde und im Südtiroler Bürgernetz veröffentlicht. Während dieser Frist können alle Interessierten in den Plan oder das Programm und den entsprechenden Umweltbericht Einsicht nehmen und ihre schriftliche Stellungnahme abgeben.

7.3 Bewertung der voraussehbaren Umweltauswirkungen

Die zuständige Behörde gibt ein begründetes Gutachten über die voraussehbaren Umweltauswirkungen des Planes oder Programmes ab und berücksichtigt dabei die eingegangenen umweltrelevanten Stellungnahmen.

Die beantragende Behörde berücksichtigt bei der Genehmigung des Planes oder Programmes das begründete Gutachten der zuständigen Behörde sowie die eingegangenen Stellungnahmen und Vorschläge und sorgt für die eventuell notwendigen Anpassungen des Planes oder Programmes.

7.4 Veröffentlichung der Entscheidung

Nach der Entscheidung werden folgende Dokumente im Südtiroler Bürgernetz sowie auf der Amtstafel der Gemeinde veröffentlicht:

- a) der genehmigte Plan bzw. das genehmigte Programm,
- b) das begründete Gutachten der für die SUP zuständigen Behörde;

- c) eine zusammenfassende Erklärung der beantragenden Behörde in italienischer und deutscher Sprache, wie Umwelterwägungen in den Plan oder das Programm einbezogen wurden, wie der Umweltbericht und die Ergebnisse der geführten Konsultationen berücksichtigt wurden, samt Angabe der Begründungen für die Wahl dieses Planes oder Programmes vor dem Hintergrund der möglichen und ausgewählten Alternativen,
- d) die zur Überwachung vorgesehenen Maßnahmen (s. Kapitel 7.5).

7.5 Überwachung

Die Überwachung gewährleistet die Kontrolle der erheblichen Umweltauswirkungen, die durch die Umsetzung der genehmigten Pläne oder Programme entstehen sowie die Prüfung, ob die festgelegten Nachhaltigkeitsziele erreicht wurden, um unvorhersehbare negative Auswirkungen frühzeitig zu erkennen und geeignete Korrekturmaßnahmen einzuleiten.

Der Plan oder das Programm legt die Verantwortlichen für die Umsetzung der Überwachung und die dafür notwendigen Mittel fest.

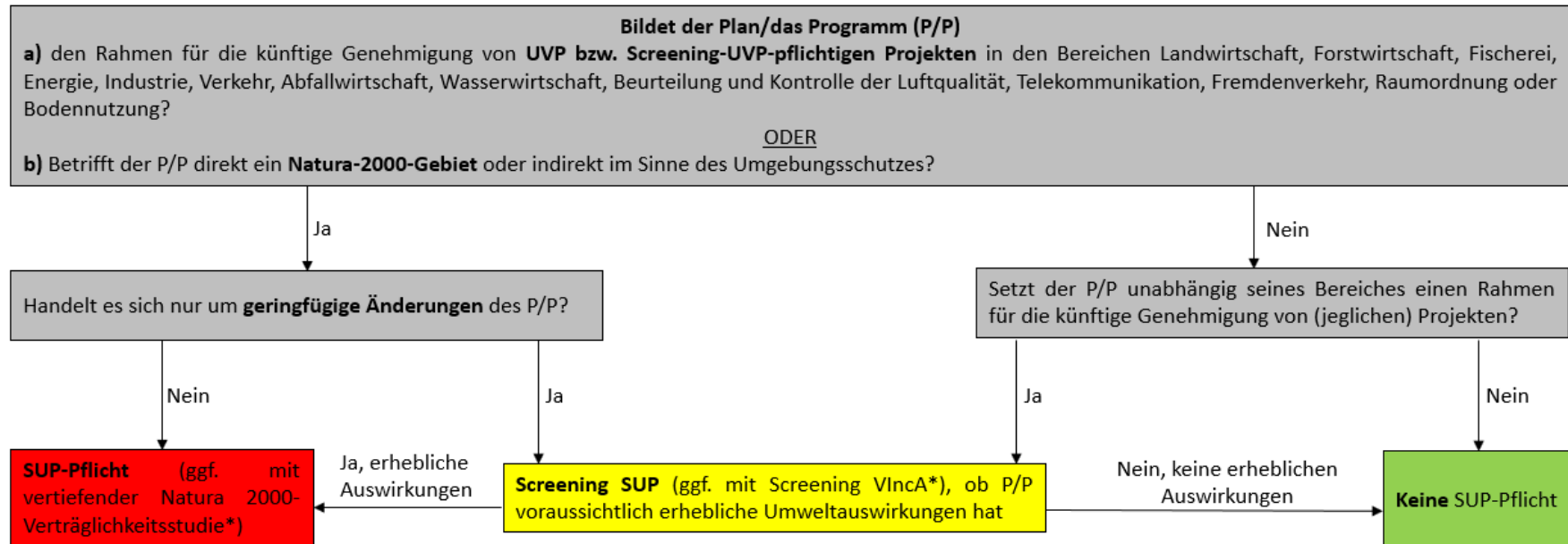
Die beantragende Behörde übermittelt der zuständigen Behörde die erhobenen Daten der Überwachung und die ggf. umgesetzten Korrekturmaßnahmen. Die zuständige Behörde äußert sich über die übermittelte Dokumentation.

Über die Modalitäten für die Durchführung der Überwachung, die erhobenen Daten und die eventuell notwendigen Korrekturmaßnahmen wird über das Südtiroler Bürgernetz in angemessener Weise informiert.

Die im Zuge der Überwachung gesammelten Informationen werden bei der Ausarbeitung von nachfolgenden Planungs- oder Programmierungsinstrumenten integriert und bei eventuellen Änderungen des Planes oder Programmes berücksichtigt.

8. ANHÄNGE

Anhang A: Entscheidungsbaum SUP



*für weitere Informationen hierzu siehe: <https://www.provinz.bz.it/natur-umwelt/natur-raum/natura2000/vertraeglichkeitspruefung.asp>

Beispiel einer Planänderung, die einer SUP-Pflicht unterliegt: In einer Gemeinde wird der Bau eines Hotels mit einer Bettenanzahl von 350 geplant. Dazu soll eine als Wald ausgewiesene Fläche in ein Tourismusentwicklungsgebiet umgewidmet werden. Im gegenständlichen Fall handelt es sich um ein UVP-screeningpflichtiges Hotelprojekt (s. Anhang IV zum 2. Teil des GvD Nr. 152/2006, i.g.F.). Bei der Umwidmung einer natürlichen Landschaft (Wald) in eine zu verbauende Fläche, welche den Bau eines Hotels dieser Größenordnung vorsieht, handelt es sich nicht um eine geringfügige Planänderung. Die Änderung des Planes unterliegt deshalb der SUP-Pflicht.

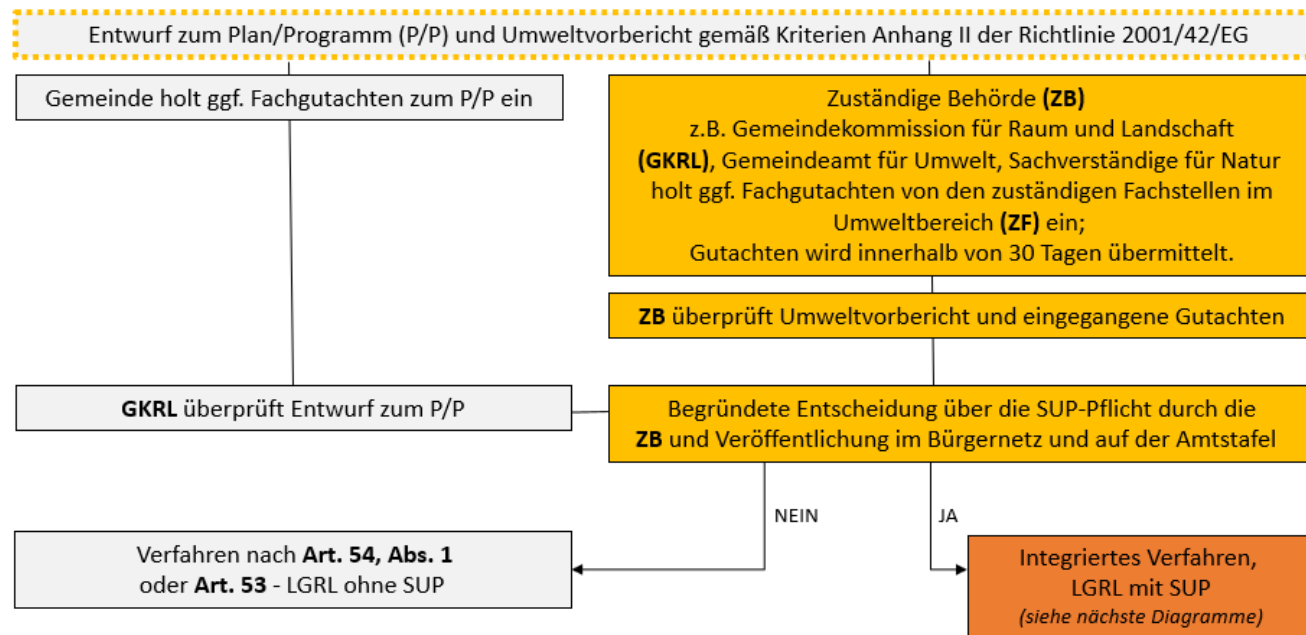
Beispiel einer Planänderung, die der Feststellung (Screening) der SUP-Pflicht unterliegt: Die Gemeinde beabsichtigt die Umwidmung einer öffentlichen Grünfläche in einen öffentlichen Parkplatz. In diesem Fall bildet die Planänderung weder den Rahmen für ein zukünftiges UVP- bzw. screeningpflichtiges Projekt, noch ist eine Verträglichkeitsprüfung gemäß der Fauna-Flora-Habitat-(FFH)Richtlinie erforderlich. Die Planänderung setzt jedoch den Rahmen für die künftige Genehmigung eines Projektes, sodass das Verfahren zur Feststellung der SUP-Pflicht angewandt werden muss.

Beispiel einer Planänderung, die weder der Feststellung der SUP-Pflicht noch der SUP-Pflicht unterliegt: Anpassung der Durchführungsbestimmungen an geltende Bestimmungen, z.B. Anpassung an die Begriffsbestimmungen lt. DLH 24/2020, Artikel 2. Die Änderung bildet keinen Rahmen für ein künftiges Projekt und unterliegt daher weder der Feststellung der SUP-Pflicht noch der SUP.

Anhang B: Verfahren zur Feststellung der SUP-Pflicht sowie SUP-Verfahren für Pläne und Programme

Im Sinne der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und der Vereinfachung wird das Verfahren zur Feststellung der SUP-Pflicht mit jenen des Landesgesetzes für Raum und Landschaft (LGRL) vom 10. Juli 2018, Nr. 9, koordiniert, um doppelte Verfahren zu vermeiden und die Einhaltung der Fristen zu gewährleisten.

Verfahren zur Feststellung der SUP-Pflicht

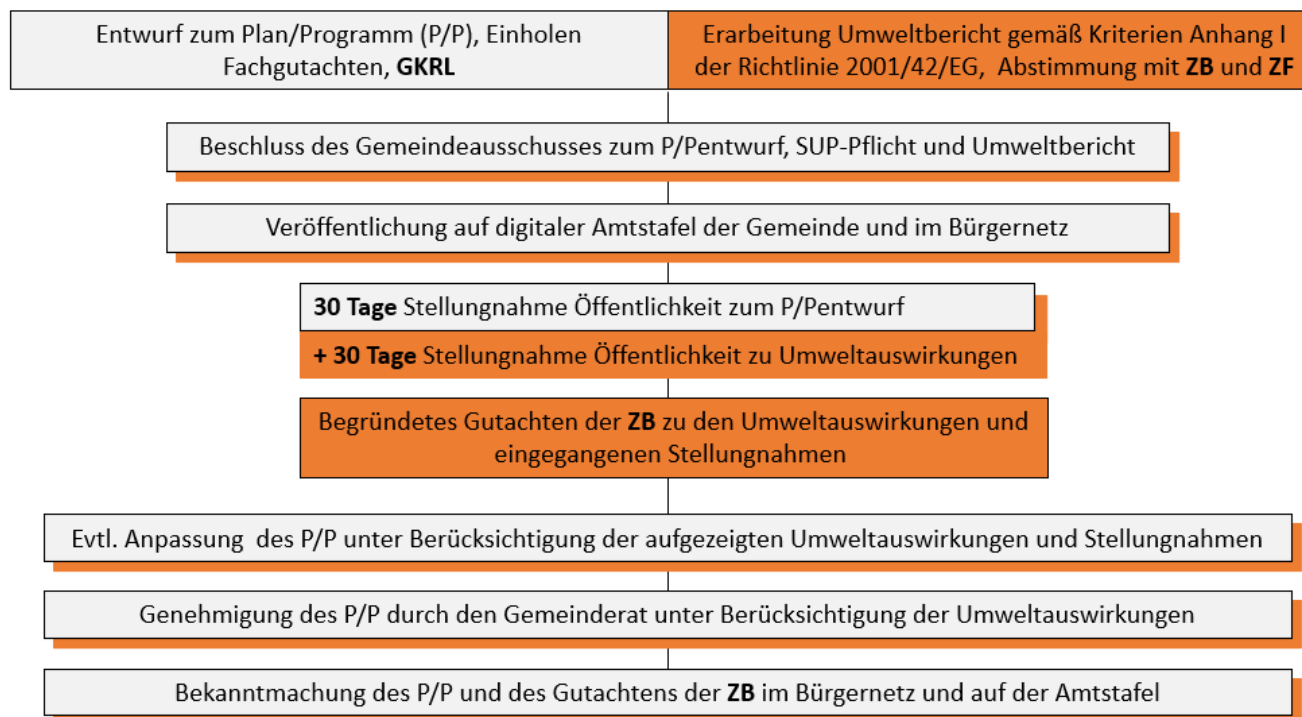


Legende:

- Verfahren lt. LGRL
- Verfahren zur Feststellung der SUP-Pflicht
- SUP-Verfahren
- Verfahren lt. LGRL und Feststellung der SUP-Pflicht

Im Sinne der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und der Vereinfachung wird das SUP-Verfahren mit jenen des Landesgesetzes für Raum und Landschaft (LGRL) vom 10. Juli 2018, Nr. 9, koordiniert, um doppelte Verfahren zu vermeiden und die Einhaltung der Fristen zu gewährleisten.

Verfahren zur SUP koordiniert mit Verfahren laut Art. 54, Abs. 1 des LGRL



Legende:

- Verfahren lt. LGRL
- SUP-Verfahren
- Verfahren lt. LGRL und SUP

Im Sinne der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und der Vereinfachung wird das SUP-Verfahren mit jenen des Landesgesetzes für Raum und Landschaft (LGRL) vom 10. Juli 2018, Nr. 9, koordiniert, um doppelte Verfahren zu vermeiden und die Einhaltung der Fristen zu gewährleisten.

Verfahren zur SUP koordiniert mit Verfahren laut Art. 53 des LGRL



Legende:

- Verfahren lt. LGRL
- SUP-Verfahren
- Verfahren lt. LGRL und SUP

Anhang C

ANGABEN IM UMWELTVORBERICHT

(Anhang II der Richtlinie 2001/42/EG)

Bei der Vorprüfung des Einzelfalls soll unter Berücksichtigung der Kriterien laut Anhang II der Richtlinie 2001/42/EG beurteilt werden, ob durch den Plan bzw. das Programm (P/P) erhebliche Umweltauswirkungen auftreten können. Diese Kriterienliste ist als Checkliste zu verstehen, welche die Vorprüfung strukturiert und vereinfacht. Die Kriterien sind nicht in der Reihenfolge ihrer Bedeutung aufgeführt. Ihre individuelle Bedeutung hängt vom jeweiligen Fall ab. Generell gilt, dass die Wahrscheinlichkeit erheblicher Umweltauswirkungen umso größer ist, je mehr Kriterien bei der Umsetzung des jeweiligen P/P erfüllt werden. In einigen Fällen können die Auswirkungen in Bezug auf ein einziges Kriterium jedoch so wichtig sein, dass eine SUP erforderlich wird.

Der fett gedruckte Text bezieht sich auf die im Anhang II der Richtlinie 2001/42/EG gelisteten Kriterien und wird mit zusätzlichen Erläuterungen und Beispielfragen ergänzt.

1. Merkmale der Pläne und Programme, insbesondere in Bezug auf

- **das Ausmaß, in dem der Plan oder das Programm für Projekte und andere Tätigkeiten in Bezug auf Standort, Art, Größe und Betriebsbedingungen oder durch die Inanspruchnahme von Ressourcen einen Rahmen setzt;**
- **das Ausmaß, in dem der Plan oder das Programm andere Pläne und Programme einschließlich solcher in einer Planungs- oder Programmhierarchie beeinflusst;**
- **die Bedeutung des Plans oder des Programms für die Einbeziehung der Umwelterwägungen, insbesondere im Hinblick auf die Förderung der nachhaltigen Entwicklung;**
- **die für den Plan oder das Programm relevanten Umweltprobleme;**
- **die Bedeutung des Plans oder Programms für die Durchführung der Umweltvorschriften der Gemeinschaft (z. B. Pläne und Programme betreffend die Abfallwirtschaft oder den Gewässerschutz).**

Je genauer der Rahmen durch einen P/P gesetzt wird, umso wahrscheinlicher ist es, dass eine strategische Umweltprüfung durchzuführen ist. Daher können P/P, in denen z.B. nicht nur eine Wohnbauzone oder eine Zone für gewerbliche Aktivitäten festgelegt ist, sondern auch deren Art, Größe und ggf. Betriebsbedingungen, einen detaillierteren Rahmen für Projekte setzen als P/P, in denen Ziele festgelegt werden, ohne die Einzelheiten des Rahmens zu erläutern, in dem sie erreicht werden müssen. Wenn ein P/P andere P/P stark beeinflusst, können die Umweltauswirkungen des betreffenden P/P weitreichender (oder tiefgreifender) sein als wenn dies nicht der Fall wäre. Die Relevanz der Probleme für P/P kann auf unterschiedliche Weise ausgelegt werden. Dieses Kriterium schließt Fälle ein, in denen P/P Umweltprobleme entweder verursachen oder verschärfen, in denen P/P durch Umweltprobleme eingeschränkt oder auf andere Weise beeinflusst werden oder in denen P/P zur Lösung, Verringerung oder Vermeidung von Umweltproblemen beitragen. Die Art und die Schwere der für den P/P relevanten Umweltprobleme sind in jedem Fall festzustellen. P/P, welche die Umwelt in erheblichem Maß beeinflussen können, werden mit höherer Wahrscheinlichkeit einer strategischen Umweltprüfung unterzogen als P/P mit geringen Umweltauswirkungen. Zudem gilt es zu untersuchen, welche Bedeutung der P/P für die Förderung der beispielsweise im Strategiepapier für die nachhaltige Entwicklung Südtirols festgelegten Nachhaltigkeitsziele hat.

Mögliche Fragestellungen: Welche wesentlichen Elemente charakterisieren die Strategie des P/P? Welche Projekte sind im P/P vorgesehen, in welcher Dimension? Unterliegen die Projekte dem Verfahren zur Feststellung der Umweltverträglichkeitsprüfung oder der Umweltverträglichkeitsprüfung? Trägt der P/P dazu bei, umwelttechnische Probleme bzw. Bedenken im Gebiet zu verbessern? Gibt es Zielsetzungen, die eine direkte Umweltverbesserung im Gebiet anstreben? Wird der P/P durch bereits vorhandene Umweltprobleme im Gebiet beeinflusst bzw. eingeschränkt? Führt der Plan zu Umweltproblemen oder verstärkt er die bereits bestehenden? Welche Nachhaltigkeitsziele werden durch den P/P gefördert, in welchem Ausmaß und mit welchen Maßnahmen?

2. Merkmale der Auswirkungen und der voraussichtlich betroffenen Gebiete, insbesondere in Bezug auf

- **die Wahrscheinlichkeit, Dauer, Häufigkeit und Umkehrbarkeit der Auswirkungen;**
- **den kumulativen Charakter der Auswirkungen;**
- **den grenzüberschreitenden Charakter der Auswirkungen;**
- **die Risiken für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt (z. B. bei Unfällen);**
- **den Umfang und die räumliche Ausdehnung der Auswirkungen (geografisches Gebiet und Anzahl der voraussichtlich betroffenen Personen);**
- **die Bedeutung und die Sensibilität des voraussichtlich betroffenen Gebiets aufgrund folgender Faktoren:**
 - **besondere natürliche Merkmale oder kulturelles Erbe,**
 - **Überschreitung der Umweltqualitätsnormen oder der Grenzwerte,**
 - **intensive Bodennutzung;**
 - **Die Auswirkungen auf Gebiete oder Landschaften, deren Status als national, gemeinschaftlich oder international geschützt anerkannt ist.**

In diesem Abschnitt sollen insbesondere die möglichen negativen Auswirkungen des P/P im Zusammenhang mit der Umwelt beschrieben werden. Die Anwendung der Kriterien zur Bestimmung potenzieller Umweltauswirkungen erfordert einen umfassenden und systematischen Ansatz. Um zum Beispiel die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen eines P/P zu ermitteln, ist es sinnvoll, die für den P/P relevanten Umweltfaktoren wie die biologische Vielfalt, Bevölkerung, Gesundheit des Menschen, Fauna, Flora, Boden, Wasser, Luft, klimatische Faktoren, Sachwerte, das kulturelle Erbe einschließlich der architektonisch wertvollen Bauten und der archäologischen Schätze, die Landschaft und die Wechselbeziehung zwischen den genannten Faktoren zu berücksichtigen.

Durch die Beachtung des kumulativen Charakters der Auswirkungen von P/P muss beispielsweise vermieden werden, dass die Unterziehung einer strategischen Umweltprüfung von P/P mit voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen durch die (künstliche) Aufspaltung in mehrere Pläne mit für sich gesehen nicht erheblichen Umweltauswirkungen umgangen wird.

Die Art und die Merkmale der voraussichtlichen Auswirkungen haben in dem Kontext, in dem sie geprüft werden, Einfluss auf die Erheblichkeit dieser Auswirkungen. Relevant ist zum Beispiel, ob die Wahrscheinlichkeit oder Häufigkeit von Auswirkungen sehr gering (zufällig) sein wird oder ob die Auswirkungen kontinuierlich auftreten werden. Außerdem ist die Wahrscheinlichkeit, dass Auswirkungen als „erheblich“ betrachtet werden, umso größer, je komplexer (z. B. durch Synergien, d.h. die Kombinationsauswirkung ist größer als die Summe der einzelnen Auswirkungen), je weiter verbreitet, je länger sie dauern, je kumulativer ihre Wirkungen oder je problematischer sie sind.

Die besondere Bedeutung oder die Sensibilität des voraussichtlich betroffenen Gebiets erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass die Auswirkungen hier als erheblich betrachtet werden müssen. Tatsächlich kann z.B. eine Planänderung bzw. das damit zusammenhängende Projekt selbst von geringer Größe erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben, wenn es an einem Standort verwirklicht wird, an dem die oben genannten Umweltfaktoren (biologische Vielfalt, Luft, Wasser usw.) empfindlich auf die geringste Veränderung reagieren.

Mögliche Fragestellungen: Wie ist die gebietsmäßige Verteilung der Auswirkungen? Kommt es durch den P/P zu einer erheblichen Zunahme von Emissionen (in Luft, Wasser, Boden) oder Veränderung der Abfallproduktion? Ist mit dem P/P eine bedeutende Entnahme von Ressourcen (Verbrauch von z.B. Wasser, Energie, Rohstoffe) verbunden? Kommt es durch den P/P zu (signifikanten) Überschneidungen mit sensiblen Bereichen aus ökologischer und landschaftlicher Sicht? Sind Maßnahmen vorgesehen, die mögliche negative Auswirkungen auf die Umwelt verhindern (Beschränkungen/Vorschriften zu Art, Ausmaß und Ort der Eingriffe)? Sind vom P/P Fließgewässer bzw. stehende Gewässer oder deren Schutzstreifen, Quellen, Trinkwasserschutzgebiete oder archäologische Zonen betroffen? Gibt es innerhalb des betroffenen Gebiets bzw. der betroffenen Gebiete Areale mit einer besonderen ökologischen Bedeutung, welche bei der Erstellung des P/P im Besonderen berücksichtigt werden müssen? Hat der P/P direkte oder auch indirekte Auswirkungen auf geschützte Gebiete (z.B. gemäß der FFH- oder Vogelschutz-Richtlinie ausgewiesene Natura-2000-Gebiete, Nationalparks, Naturparks, Landschaftsschutzgebiete, geschützte Landschaftsteile oder Naturdenkmäler?)

Anhang D

INHALTE DES UMWELTBERICHTES (Anhang I der Richtlinie 2001/42/EG)

Der fett gedruckte Text bezieht sich auf die im Anhang I der Richtlinie 2001/42/EG gelisteten Angaben und wird mit zusätzlichen Erläuterungen und Beispielfragen ergänzt.

a. Eine Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele des Plans oder Programms sowie der Beziehung zu anderen relevanten Plänen und Programmen.

Die Inhalte, Ziele bzw. Begründung des Vorhabens sind in verständlicher Form darzulegen. Es sind Angaben über die Lokalisierung und über die Dimensionierung (Fläche, Baudichte, Infrastrukturen, etc.) zu machen. Es ist darzustellen, wie sonstige einschlägige Fachgesetze, Fachpläne und sonstige Planungsinstrumenten berücksichtigt wurden (z.B. Gefahrenzonenplan, Bauleitplan, Landschaftsplan bzw. Gemeindeplan für Raum und Landschaft, Gemeindeentwicklungsprogramm, Landschaftsleitbild, LEROP/Landesstrategieplan, Durchführungsplan).

Es sind die relevanten gesetzlichen Grundlagen oder Planungsinstrumente anzusprechen. Eine Wiederholung oder ein Aufzählen sämtlicher Grundlagen ist nicht sinnvoll.

b. Die relevanten Aspekte des derzeitigen Umweltzustands und dessen voraussichtliche Entwicklung bei Nichtdurchführung des Plans oder Programms.

Eine Bestandsaufnahme und Bewertung der Umweltauswirkungen einschließlich der Prognose bei Nichtdurchführung des Vorhabens ist durchzuführen, wobei auf die relevanten Aspekte der Wirkung des Vorhabens auf die Umwelt eingegangen werden soll. Ebenso ist die Nullvariante zu beschreiben, welche die Entwicklung oder das Entwicklungspotential der Fläche ohne geplante Maßnahme beschreibt oder angibt. Die Nullvariante muss nicht notwendigerweise negative Auswirkungen auf die Umwelt haben.

Beispiel: Der Bau einer Lagerhalle hat seine Hauptwirkung hinsichtlich Umwelt im erhöhten Flächenverbrauch in Abhängigkeit vom Typus der verbrauchten Fläche. Wenn diese Fläche ein naturnaher, ökologisch wertvoller Lebensraum ist, so ist in der Zerstörung des ökologisch wertvollen Lebensraumes durch Bodenversiegelung die Hauptwirkung des Vorhabens zu sehen. Eine weitere Wirkung auf die Umwelt besteht sicherlich auch in der Zunahme des Verkehrsaufkommens inklusive der Folgewirkungen (Lärm, Infrastrukturen, ...) und ist im weiteren Verlauf des Berichtes zu bewerten. Die Nullvariante würde dann bedeuten, dass der ökologisch wertvolle Lebensraum erhalten bleibt, ebenso würde damit sich das Problem des Verkehrs nicht stellen.

c. Die Umweltmerkmale der Gebiete, die voraussichtlich erheblich beeinflusst werden.

An dieser Stelle sind die wesentlichen Merkmale des Standorts zu beschreiben, welche durch das Vorhaben beeinflusst werden. Daraus soll erkenntlich gemacht werden, durch welche speziellen Umweltmerkmale der Standort definiert werden kann und in welcher Wechselwirkung sie zum Vorhaben stehen. Der Zustand der Schutzgüter kann hierzu als Bewertungsmaßstab herangezogen werden.

Beispiel: Eine Streuobstwiese am Ortsrand, die einer Wohnbauzone weichen soll, ist nicht nur zu beschreiben, sondern auch hinsichtlich ihres Seltenheitswertes, ihres landschaftlichen, aber auch ihres kulturellen Schutzgutes u. dgl. zu bewerten. Auch eine naturkundliche Bewertung soll durchgeführt werden. Zur Einschätzung der Empfindlichkeit der Schutzgüter lassen sich Informationen über Rote Liste Arten von Lebensräumen bzw. von Pflanzen und Tieren nutzen. Ebenso eignen sich die Erhebungen der Inventare von Landschafts- und Kulturelementen, welche in einigen Gemeinden bereits aufliegen.

d. Sämtliche derzeitigen für den Plan oder das Programm relevanten Umweltprobleme unter besonderer Berücksichtigung der Probleme, die sich auf Gebiete mit einer speziellen

Umweltrelevanz beziehen, wie etwa die gemäß den Richtlinien 79/409/EWG und 92/43/EWG ausgewiesenen Gebiete.

Informationen über sämtliche derzeitigen für den P/P relevanten Umweltprobleme (z.B. Luft-, Wasserqualität, Flora, Fauna, Lebensräume) sind vorzulegen. Anhand dieser Informationen soll geprüft werden, wie diese Probleme den P/P beeinflussen oder ob damit zu rechnen ist, dass der P/P bestehende Umweltprobleme verschärft, verringert oder in anderer Weise beeinflusst. Unter Gebieten mit spezieller Umweltrelevanz werden Gebiete mit besonders hohem ökologischem Wert verstanden, wie z.B. Natura 2000 Schutzgebiete, aber auch Natur-/Nationalparks oder Gebiete, welche Arten beherbergen, die in den lokalen Roten Listen aufscheinen bzw. Habitate und Arten von europäischem Interesse beheimaten. Dabei kann es sich auch um Gebiete (Lebensräume) handeln, welche keinen Schutzstatus haben, jedoch aber Arten beherbergen, welche in den einschlägigen Roten Listen (lokal, national, europaweit, international) stehen oder Rast/Brutplatz für Vogelarten darstellen, welche von nationalem bzw. internationalem Interesse sind. Ebenso kann das betroffene Gebiet einem Lebensraumtypus angehören, der selbst einen hohen ökologischen Gefährdungsstatus aufweist (z.B. Moore, Sand- und Schotterfluren, usw.). Handelt es sich um eine Umwidmung von Flächen, welche innerhalb von Natura 2000 Gebieten liegen bzw. in den Bereich des Umgebungsschutzes (= Auswirkung auf Natura 2000 Gebiete ist möglich) fallen, ist diese zuerst einer Verträglichkeitsprüfung gemäß Artikel 6 der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie zu unterziehen (s. dazu auch das Landesnaturschutzgesetz vom 12. Mai 2010, Nr.6).

e. Die auf internationaler oder gemeinschaftlicher Ebene oder auf der Ebene der Mitgliedstaaten festgelegten Ziele des Umweltschutzes, die für den Plan oder das Programm von Bedeutung sind, und die Art, wie diese Ziele und alle Umwelterwägungen bei der Ausarbeitung des Plans oder Programms berücksichtigt wurden.

Die unter Punkt c) und d) erörterten Konflikte sind nochmals im Lichte internationaler, auf europäischer bzw. nationaler Ebene festgelegten Ziele des Umweltschutzes zu bewerten. Zu berücksichtigen sind in diesem Abschnitt auch gemeinschaftliche Ziele wie die der Lebensraumvernetzung und des Habitatschutzes, z.B. Agenda 2030; The European Green Deal; Übereinkommen von Paris; Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen; Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten; Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 (Wasserrahmenrichtlinie); EU-Biodiversitätsstrategie für 2030; EU-Aktionsplan: Schadstofffreiheit von Luft, Wasser und Boden; Europäisches Landschaftsübereinkommen; Faro-Übereinkommen (2020 in Italien ratifiziert); Gesetz vom 26. Oktober 1995, Nr. 447 (legge quadro sull'inquinamento acustico); Strategia Nazionale per la Biodiversità al 2030; Dekret des Präsidenten des Ministerrates vom 24. April 2019, Nr. 1360 (Piano Strategico Nazionale per una mobilità sostenibile); Gesetzesvertretendes Dekret vom 22. Jänner 2004, Nr. 42 (Codice dei beni culturali e del paesaggio); Gesamtplan für die Nutzung der öffentlichen Gewässer (WNP) der Autonomen Provinz Bozen; Gewässerschutzplan der Autonomen Provinz Bozen; Landesgesetz vom 10. Juli 2018, Nr. 9 „Raum und Landschaft“; 4. Fortschreibung des „Abfallbewirtschaftungskonzeptes 2000“ (Beschluss der Landesregierung Nr. 1139 vom 28.12.2021); Landesgesetz vom 12. Mai 2010, Nr. 6 „Naturschutzgesetz und andere Bestimmungen“; Landesgesetz vom 21. Oktober 1996, Nr. 21 „Forstgesetz“; Landesgesetz vom 13. Februar 2023, Nr. 3 „Schutz der aquatischen Lebensräume und nachhaltige Fischerei“; Gemeindeplan für die akustische Klassifizierung; Nachhaltigkeitsstrategie Südtirols; Klimaplan Südtirol 2040.

f. Die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen, einschließlich der Auswirkungen auf Aspekte wie die biologische Vielfalt, die Bevölkerung, die Gesundheit des Menschen, Fauna, Flora, Boden, Wasser, Luft, klimatische Faktoren, Sachwerte, das kulturelle Erbe einschließlich der architektonisch wertvollen Bauten und der archäologischen Schätze, die Landschaft und die Wechselbeziehung zwischen den genannten Faktoren.

Die Bewertung kann verbal argumentativ oder auch tabellarisch anhand einer Wertskala erfolgen. Wichtig ist jedoch, dass die Bewertungsmethode nachvollziehbar angeführt wird. In den Bewertungen soll auf die bereits vorhandenen Datengrundlagen (digitale Geodaten in den diversen

Informationssystemen, Fachliteratur, historische Daten, Ergebnisse von Begehungen, etc.) zurückgegriffen werden. In der Beschreibung ist der Dimension des Eingriffs angemessen, auf alle Umweltaspekte/Schutzgüter Bezug zu nehmen (es sind die Auswirkungen auf jene Schutzgüter zu bewerten, welche beeinflusst werden bzw. worauf eine Wirkung prognostiziert werden kann). Es gilt klar einzugrenzen, in welchem Bereich Auswirkungen zu erwarten sind und worin die Wirkung auf das Schutzgut besteht. Ebenso ist anzugeben, worin die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Schutzgütern bestehen (z.B. Bodenversiegelung und Grundwasserstand). Folgende Schutzgüter werden in der Richtlinie angeführt und sind je nach Vorhaben zu bewerten: Schutzgut Boden: z.B. Versiegelung der Oberflächen; Schutzgut Wasser: z.B. Grundwasserstände, Oberflächengewässer; Schutzgut Luft und klimatische Faktoren: z.B. Luftqualität; Schutzgut biologische Vielfalt und Landschaft: z.B. Gefährdungsgrad von Lebensräumen; Schutzgut Fauna und Flora: z.B. Rote Listen; Schutzgut Bevölkerung und Gesundheit des Menschen: z.B. Lärm, Elektrosmog; Schutzgut Sachwerte und das kulturelle Erbe: z.B. Denkmalschutz, Ensembleschutz; Schutzgut Archäologie: z.B. archäologische Schutzzonen, kulturgeschichtliche Relevanz.

Beispiel: Bei Eintragung einer Straßeninfrastruktur werden Angaben betreffend das Schutzgut Boden (Versiegelung) zu machen sein, ebenso wird man das Schutzgut Luft, Luftqualität, Lärm in den Bewertungen zu berücksichtigen haben. Dabei sind Prognosen der Auswirkungen anhand der vorhandenen Daten (bestehendes Verkehrsaufkommen, zusätzliches Verkehrsaufkommen, Verkehrsverlagerungen) auszuarbeiten.

g. Die Maßnahmen, die geplant sind, um erhebliche negative Umweltauswirkungen aufgrund der Durchführung des Plans oder Programms zu verhindern, zu verringern und soweit wie möglich auszugleichen.

Der Vermeidung von Konflikten mit Schutzgütern soll der Vorrang gegeben werden. Erst wenn dies nicht möglich ist, sind Milderungsmaßnahmen bzw. Ausgleichsmaßnahmen anzuführen. Es sind Möglichkeiten zu erörtern, wie die im Umweltbericht beschriebenen, erheblichen negativen Auswirkungen begrenzt bzw. ausgeglichen werden können. Dies können Maßnahmen sein, die im P/P festgelegt oder vorgesehen werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Maßnahmen zur Schadensbegrenzung selbst negative Umweltauswirkungen haben können, die miteinzubeziehen sind (z.B. Schutzbauten). Grundsätzlich sind alle Maßnahmen verbindlich im P/P festzuschreiben und diese in den nächsten Planungsebenen umzusetzen.

h. Eine Kurzdarstellung der Gründe für die Wahl der geprüften Alternativen und eine Beschreibung, wie die Umweltprüfung vorgenommen wurde, einschließlich etwaiger Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der erforderlichen Informationen (zum Beispiel technische Lücken oder fehlende Kenntnisse).

Informationen über die Wahl der Alternativen sind notwendig, um zu verstehen, warum bestimmte Alternativen geprüft wurden und in welcher Beziehung sie zum Vorhaben stehen. Ebenso ist nach Abwägen der Auswirkungen auf die untersuchten Schutzgüter, eine plausible Begründung der Präferenzvariante zu liefern. In diesem Zusammenhang sind auch etwaige Schwierigkeiten, Prognoseunsicherheiten oder Kenntnislücken anzuführen. Gegebenenfalls kann es sinnvoll sein, zu erläutern, wie diese Schwierigkeiten beseitigt wurden.

i. Eine Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Überwachung.

Der Umweltbericht soll auch eine Beschreibung der geplanten Überwachungsmaßnahmen (Monitoring) enthalten. Vorzusehen sind Maßnahmen, mit welchen es möglich ist, frühzeitig die aus der Durchführung des Vorhabens resultierende Wirkung auf die oben erwähnten Schutzgüter zu überwachen und gegebenenfalls im angemessenen Maße dagegen zu wirken. Ein Konzept zur Durchführung ist im Umweltbericht zu beschreiben. Beim Monitoring soll untersucht werden, ob die der SUP zugrunde liegenden Annahmen und Umweltauswirkungen tatsächlich zutreffen, ob empfohlene Vermeidungs-Minderungs- und Ausgleichsmaßnahmen umgesetzt, die entsprechenden Ziele erreicht wurden, die Planung effektiv Auswirkungen hatte und unerwartete negative Auswirkungen aufgetreten sind. Weiters muss festgelegt werden, wer in welchem Ausmaß für das Monitoring verantwortlich ist und wofür die Ergebnisse des Monitorings verwendet werden. Die Erkenntnisse des Monitorings dienen als Grundlage für zukünftige Pläne.

j. Eine nichttechnische Zusammenfassung der oben beschriebenen Informationen.

Der Zweck der nichttechnischen Zusammenfassung besteht darin, der Öffentlichkeit und den Entscheidungsträgern die wichtigsten Aspekte und Ergebnisse des Umweltberichtes auf einfache Weise zugänglich und verständlich zu machen. Berücksichtigt werden sollen darin auch die Wirkung der Vermeidungs-, der Milderungs- und der Ausgleichmaßnahmen. Die Zusammenfassung ist in italienischer und deutscher Sprache auszuarbeiten. Eine Übersichtstabelle und ein Übersichtsplan kann für die vereinfachte Darstellung der Ergebnisse von Nutzen sein.

Anhang E

Nützliche Links

- Geobrowser der Provinz Bozen: <https://maps.civis.bz.it/>
- Lexbrowser der Provinz Bozen: <http://lexbrowser.provinz.bz.it/de>
- Amt für Umweltprüfungen: <https://umwelt.provinz.bz.it/umweltpruefungen.asp>
- Amt für Gemeindeplanung: <https://www.provinz.bz.it/natur-umwelt/natur-raum/planung/gemeindeplanung.asp>
- Verzeichnis der Sachverständigen: <https://www.provinz.bz.it/natur-umwelt/natur-raum/suche-verzeichnis-der-sachverstaendigen.asp>
- Projekte, die der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) oder dem Verfahren zur Feststellung der UVP-Pflicht (Screening) unterliegen:
[extension://elhekieabhbkpmcefcoobjddigicaadp/https://umwelt.provinz.bz.it/downloads/Anhang_Neues_UVP-Gesetz_Deutsch.pdf](https://www.provinz.bz.it/downloads/Anhang_Neues_UVP-Gesetz_Deutsch.pdf)
- Natura-2000-Verträglichkeitsprüfung: <https://www.provinz.bz.it/natur-umwelt/natur-raum/natura2000/vertraeglichkeitspruefung.asp>



Linee guida alla Valutazione ambientale strategica VAS per gli strumenti di pianificazione territoriale dei Comuni



Indice

Introduzione	pag. 2
1. Inquadramento normativo	pag. 2
2. Ambito di applicazione	pag. 2-3
3. Soggetti coinvolti	pag. 3
4. Competenze dei Comuni in materia di VAS	pag. 3-4
4.1 Individuazione dell'autorità competente	pag. 4
5. Albero decisionale VAS	pag. 4
6. Procedura per la verifica di assoggettabilità a VAS	pag. 4-5
6.1 Redazione del rapporto ambientale preliminare.....	pag. 4
6.2 Individuazione dei soggetti competenti in materia ambientale	pag. 5
6.3 Decisione sull'assoggettabilità a VAS	pag. 5
6.4 Pubblicazione della decisione.....	pag. 5
7. Procedura per la VAS	pag. 6-7
7.1 Redazione del rapporto ambientale	pag. 6
7.2 Consultazioni.....	pag. 6
7.3 Valutazione del prevedibile impatto ambientale.....	pag. 6
7.4 Pubblicazione della decisione.....	pag. 6-7
7.5 Monitoraggio	pag. 7
8. Allegati	pag. 8-20
A – Albero decisionale VAS	pag. 8-9
B – Diagrammi di flusso	pag. 10-12
C – Contenuti del rapporto ambientale preliminare	pag. 13-15
D – Contenuti del rapporto ambientale	pag. 16-19
E – Link utili.....	pag. 20

INTRODUZIONE

Le linee guida esposte in questo documento sono state elaborate dall’Agenzia provinciale per l’ambiente e la tutela del clima e la Ripartizione Natura, paesaggio e sviluppo del territorio della Provincia Autonoma di Bolzan, in collaborazione col Consorzio dei Comuni della Provincia di Bolzano.

In attuazione dei principi di economicità e semplificazione, queste linee guida coordinano la procedura di valutazione ambientale strategica (VAS) con quelle di approvazione degli strumenti di pianificazione territoriale dei Comuni, in modo da evitare duplicazioni ed assicurare il rispetto dei termini e degli obblighi di pubblicazione previsti in entrambi gli ambiti.

1. INQUADRAMENTO NORMATIVO

Con legge provinciale n. 2 del 5 aprile 2007 e succ. mod., la Provincia Autonoma di Bolzano ha recepito i contenuti della direttiva 2001/42/CE del Parlamento europeo e del Consiglio, del 27 giugno 2001, concernente la valutazione degli effetti di determinati piani e programmi sull’ambiente.

La legge provinciale n. 17 del 13 ottobre 2017 e succ. mod. (di seguito LP 17/2017) ha, in linea con il Decreto legislativo n. 152 del 3 aprile 2006 e succ. mod. (di seguito Dlgs 152/2006), introdotto la verifica di assoggettabilità a VAS e modificato la suddivisione di competenze e le procedure.

Per quanto non regolamentato dalla legge provinciale si applicano, in quanto compatibili, le disposizioni statali (Dlgs 152/2006 – parte seconda, titolo I e II).

La VAS e la verifica di assoggettabilità a VAS hanno l’obiettivo di garantire un elevato livello di protezione dell’ambiente, includendo gli aspetti ambientali in sede di elaborazione di piani e programmi al fine di verificare il probabile impatto sull’ambiente del piano o programma stesso (vedi art. 1 della direttiva 2001/42/CE del Parlamento europeo e del Consiglio, del 27 giugno 2001).

Il principio di questa valutazione ambientale sta nella preventiva considerazione degli aspetti ambientali in fase di pianificazione, in modo da evitare eventuali conseguenze negative sull’ambiente ed ottenere possibili effetti positivi.

Si potrebbe riassumere queste due frasi in una:

Il principio della VAS e della verifica di assoggettabilità a VAS sta nella preventiva considerazione degli aspetti ambientali in fase di pianificazione, in modo da evitare eventuali conseguenze negative sull’ambiente ed ottenere possibili effetti positivi. (vedi art. 1 della direttiva 2001/42/CE del Parlamento europeo e del Consiglio, del 27 giugno 2001).

2. AMBITO DI APPLICAZIONE

L’art. 6 della LP 17/2017, in linea col Dlgs 152/2006, regola l’ambito di applicazione della verifica di assoggettabilità a VAS e della VAS.

Sono da sottoporre a VAS:

- a) tutti i piani e programmi che sono elaborati per i settori agricolo, forestale, della pesca, energetico, industriale, dei trasporti, della gestione dei rifiuti e delle acque, per la valutazione e la gestione dell'aria ambiente, delle telecomunicazioni, turistico, della pianificazione territoriale o della destinazione dei suoli, e che definiscono il quadro di riferimento per l'autorizzazione dei progetti soggetti a valutazione impatto ambientale (VIA) o a verifica di assoggettabilità a VIA”);
- b) tutti i piani e programmi per i quali è necessaria una valutazione d’incidenza ai sensi degli articoli 6 o 7 della direttiva 92/43/CEE del Consiglio, del 21 maggio 1992, relativa alla conservazione degli habitat naturali e seminaturali e della flora e della fauna selvatiche (siti Natura 2000).

Per le modifiche minori ai piani e i programmi di cui sopra, la valutazione ambientale è necessaria qualora l'Autorità competente, a seguito di verifica di assoggettabilità a VAS e tenuto conto del diverso livello di sensibilità ambientale dell'area oggetto di intervento, valuti che producano impatti significativi sull'ambiente.

L'Autorità competente valuta, mediante verifica di assoggettabilità, se i piani e i programmi, diversi da quelli di cui alle lettere a) e b), che definiscono il quadro di riferimento per l'autorizzazione dei progetti, producano impatti significativi sull'ambiente.

La verifica di assoggettabilità a VAS o la VAS relative a modifiche a piani e programmi ovvero a strumenti attuativi di piani o programmi già sottoposti a tali procedimenti (ad es. piani di attuazione), si limita ai soli effetti significativi sull'ambiente che non siano stati precedentemente considerati dagli strumenti di pianificazione sovraordinati. Relativamente ai piani di attuazione si rinvia all’art. 60, comma 6, della legge provinciale 10 luglio 2018, n. 9 “Territorio e paesaggio” (di seguito LP 9/2018), che recita: “Il piano di attuazione non è sottoposto a valutazione ambientale strategica (VAS) né a verifica di assoggettabilità, qualora il piano comunale sia stato sottoposto a VAS e definisca la localizzazione dei nuovi interventi e delle opere di urbanizzazione, i rispettivi indici di edificabilità, gli usi ammessi e i contenuti planivolumetrici, tipologici e costruttivi degli interventi, nonché i limiti e le condizioni di sostenibilità ambientale delle trasformazioni previste.”

3. SOGGETTI COINVOLTI

Autorità competente: la pubblica amministrazione competente per la verifica di assoggettabilità a VAS, e nel caso di VAS, per l'elaborazione del parere motivato.

Autorità procedente: la pubblica amministrazione che elabora il piano o il programma o che recepisce, adotta o approva il piano o il programma.

Soggetti competenti in materia ambientale: le pubbliche amministrazioni e gli enti pubblici con specifiche competenze in campo ambientale.

4. COMPETENZE IN MATERIA DI VAS

La Provincia è competente per la VAS degli strumenti di pianificazione provinciale, nonché per le varianti agli strumenti di pianificazione comunale e sovracomunale di iniziativa della Provincia.

In materia di pianificazione territoriale i Comuni sono competenti per la VAS dei piani comunali e sovracomunali, nonché per le varianti ai piani paesaggistici di iniziativa comunale. In questi casi la verifica di assoggettabilità a VAS e la VAS vengono effettuate nell'ambito dei procedimenti di approvazione dei piani e programmi previsti dalla LP 9/2018, nel rispetto dei termini e degli obblighi di pubblicazione previste dalla LP 17/2017.

Ai fini di queste linee guida sono strumenti di pianificazione territoriale comunale:

- a) il programma di sviluppo comunale per il territorio e paesaggio,
- b) il piano comunale per il territorio e il paesaggio,
- c) i piani di attuazione.

Nell'ambito della pianificazione territoriale comunale spetta ai Comuni l'individuazione dell'autorità competente, dell'autorità procedente, nonché dei soggetti competenti in materia ambientale.

4.1 Individuazione dell'autorità competente per la VAS

L'autorità competente è individuata all'interno del Comune che procede alla formazione, risp. variazione del piano o programma in modo che siano ben distinte tra loro*.

Per l'individuazione dell'**autorità competente** si prospettino diverse possibilità, a seconda dell'articolazione dell'amministrazione comunale. Essa può quindi essere:

- la Commissione comunale per il territorio e il paesaggio;
- l'Ufficio o Servizio ambientale;
- una persona con incarico a contratto per alta specializzazione in ambito di tutela e valorizzazione ambientale, p.es. un/a esperto/a in natura iscritto nel registro degli esperti ai sensi dell'art. 9 della LP 9/2018.

* Diverse sentenze a livello europeo e statale ribadiscono in fase di individuazione dell'Autorità procedente e dell'Autorità competente la necessità della separazione delle due Autorità, di un adeguato grado di autonomia dell'Autorità competente e di competenze in materia di tutela, protezione e valorizzazione ambientale e di sviluppo sostenibile (Corte di Giustizia, IV Sezione, 20 ottobre 2011, procedimento C-474/10).

5. ALBERO DECISIONALE VAS

L'albero decisionale di cui all'allegato A fornisce un supporto per decidere passo dopo passo quali piani e programmi siano da sottoporre obbligatoriamente alla procedura di verifica di assoggettabilità a VAS o alla procedura VAS. Un aiuto supplementare è fornito dagli esempi concreti riportati.

6. PROCEDURA PER LA VERIFICA DI ASSOGGETTABILITÀ A VAS (vedi allegato B)

6.1 Redazione del rapporto ambientale preliminare

L'autorità procedente o altro soggetto pubblico o privato, che presenta la proposta di piano o programma, redige il rapporto ambientale preliminare e lo trasmette all'autorità competente. Tale rapporto comprende una descrizione del piano o programma, nonché le informazioni e i dati necessari alla verifica degli impatti significativi sull'ambiente dipendenti dall'attuazione del piano o programma, tenendo conto dei criteri dell'allegato II della direttiva 2001/42/CE (vedi allegato C).

6.2 Individuazione dei soggetti competenti in materia ambientale

L'autorità competente individua i soggetti competenti in materia ambientale da consultare e ne richiede il parere, nel quale essi si esprimono sia sul piano o programma in generale che sugli effetti ambientali.

Il parere è inviato entro 30 giorni all'autorità competente e all'autorità procedente.

I possibili soggetti competenti in materia ambientale sono:

- gli uffici provinciali che in base ai contenuti del piano o del programma devono esprimersi ai sensi della normativa vigente in materia di tutela dell'ambiente, del paesaggio, della natura e in materia di vincoli idrogeologici forestali ecc.;
- le pubbliche amministrazioni e gli enti pubblici, che in base ai contenuti del piano o del programma possano dare un contributo per valutare i possibili effetti del piano o programma sull'ambiente. Questi possono essere ad esempio:
 - Ufficio Pianificazione paesaggistica
 - Ufficio Natura
 - Ufficio Aria e rumore
 - Laboratorio Analisi aria e radioprotezione
 - Ufficio Gestione rifiuti
 - Ufficio Gestione sostenibile delle risorse idriche
 - Ufficio Tutela acque
 - Laboratorio Biologico
 - Ufficio Caccia e pesca
 - Ripartizione Foreste
 - altri enti pubblici con competenze ambientali.

6.3 Decisione sull' assoggettabilità a VAS

L'autorità competente decide sulla base dei criteri di cui all'allegato II della direttiva 2001/42/CE e tenuto conto dei pareri pervenuti se sottoporre il piano o il programma a VAS. Qualora l'autorità competente decida di non sottoporre il piano o programma a VAS, esprime la propria decisione motivata e definisce le eventuali prescrizioni necessarie in un atto distinto, che deve essere esplicitamente menzionato nella delibera di adozione del piano o programma. Qualora l'autorità competente decida di sottoporre a VAS il piano o programma si avvia la procedura di VAS.

6.4 Pubblicazione della decisione

Il risultato della verifica di assoggettabilità, comprese le motivazioni, è pubblicato all'albo del Comune e sulla Rete Civica della Provincia.

7. PROCEDURA PER LA VAS (vedi allegato B)

7.1 Redazione del rapporto ambientale

L'autorità procedente o il soggetto pubblico o privato che presenta la proposta di piano o di programma redige un rapporto ambientale nel rispetto dei criteri e dei contenuti dell'allegato I della direttiva 2001/42/CE (vedi allegato D) e lo trasmette insieme alla proposta di piano o programma e ad una sintesi non tecnica in lingua italiana e tedesca del rapporto ambientale all'autorità competente.

L'autorità competente individua i soggetti competenti in materia ambientale da coinvolgere nella procedura e trasmette a loro il rapporto ambientale e la documentazione di cui sopra.

L'autorità competente ed i soggetti competenti in materia ambientale verificano la completezza e l'adeguatezza del rapporto ambientale. L'autorità procedente modifica o integra ove necessario il rapporto ambientale. Nel caso in cui l'autorità competente sia la commissione comunale per il territorio e il paesaggio essa si esprime anche sulla proposta di piano.

7.2 Consultazioni

Dopo l'adozione della proposta di piano o programma da parte dell'autorità procedente, la proposta adottata, corredata della relativa documentazione, del rapporto ambientale e della sintesi non tecnica viene pubblicata per la durata di 60 giorni all'albo del Comune e sulla Rete Civica dell'Alto Adige. Durante questo periodo chiunque può prendere visione della proposta di piano o programma e del relativo rapporto ambientale e presentare osservazioni.

7.3 Valutazione del prevedibile impatto ambientale

L'autorità competente valuta tutta la documentazione, nonché le osservazioni presentate ed esprime un parere motivato sui prevedibili impatti ambientali sul piano o programma, tenendo conto delle osservazioni di rilevanza ambientale presentate.

L'autorità procedente tiene conto nella delibera di approvazione del piano o programma del parere motivato dell'autorità competente, nonché delle osservazioni e delle proposte presentate e provvede alle eventuali revisioni del piano o programma ritenute opportune.

7.4 Informazioni circa la decisione

In seguito alla decisione vengono pubblicati i seguenti documenti sulla Rete Civica dell'Alto Adige nonché sull'albo del Comune:

- a) il piano o il programma adottato o approvato;
- b) il parere motivato dell'autorità competente per la VAS;
- c) una dichiarazione di sintesi redatta dall'autorità procedente in lingua italiana e tedesca, in cui si illustra in che modo le considerazioni ambientali sono state integrate nel piano o programma e come si è tenuto conto del rapporto ambientale e degli esiti delle consultazioni, nonché le ragioni per le quali è stato scelto il piano o il programma, alla luce delle alternative possibili che erano state

individuare; Spiegare cosa debba contenere la sintesi non tecnica al paragrafo 7.1, ove viene nominata per la prima volta?
d) le misure previste in merito al monitoraggio di cui al paragrafo successivo.

7.5 Monitoraggio

Il monitoraggio assicura il controllo sugli impatti significativi sull'ambiente derivanti dall'attuazione dei piani e dei programmi approvati e la verifica del raggiungimento degli obiettivi di sostenibilità prefissati, così da individuare tempestivamente gli impatti negativi imprevisti e adottare le opportune misure correttive.

Il piano o programma individua le responsabilità e le risorse necessarie per la realizzazione e la gestione del monitoraggio.

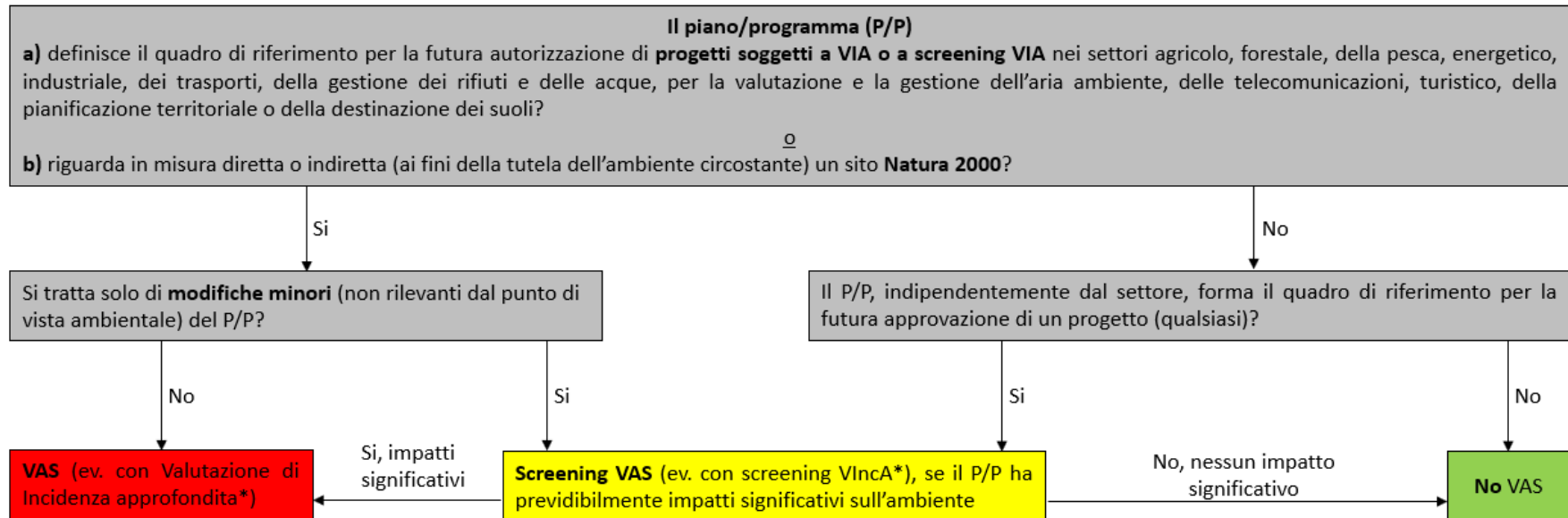
L'autorità procedente trasmette all'autorità competente i risultati del monitoraggio ambientale e le eventuali misure correttive adottate. L'autorità competente si esprime sulla documentazione trasmessa.

Delle modalità di svolgimento del monitoraggio, dei risultati e delle eventuali misure correttive, è data adeguata informazione attraverso la Rete Civica dell'Alto Adige.

Le informazioni raccolte attraverso il monitoraggio sono da includere nel quadro conoscitivo dei successivi atti di pianificazione o programmazione e di esse si tiene conto nel caso di eventuali modifiche al piano o programma.

8. ALLEGATI

Allegato A: Albero decisionale VAS



*per ulteriori informazioni vedi: <https://www.provincia.bz.it/natura-ambiente/natura-territorio/natura2000/valutazione-incidenza.asp>

Esempio di una modifica di un piano soggetta a VAS: In un Comune si progetta la costruzione di un albergo con 350 posti letto. A tal fine si rende necessario il mutamento della destinazione d'uso di una zona destinata a bosco a zona di sviluppo turistico. In questo caso si tratta di un progetto alberghiero soggetto a verifica di assoggettabilità a VIA (v. Allegato IV alla Parte II del Dlgs 152/2006). Il mutamento della destinazione d'uso di un paesaggio naturale (bosco) in una zona edificabile che prevede la costruzione di un albergo di tali dimensioni, non comporta una modifica minore al piano. La modifica del piano è pertanto soggetta a VAS.

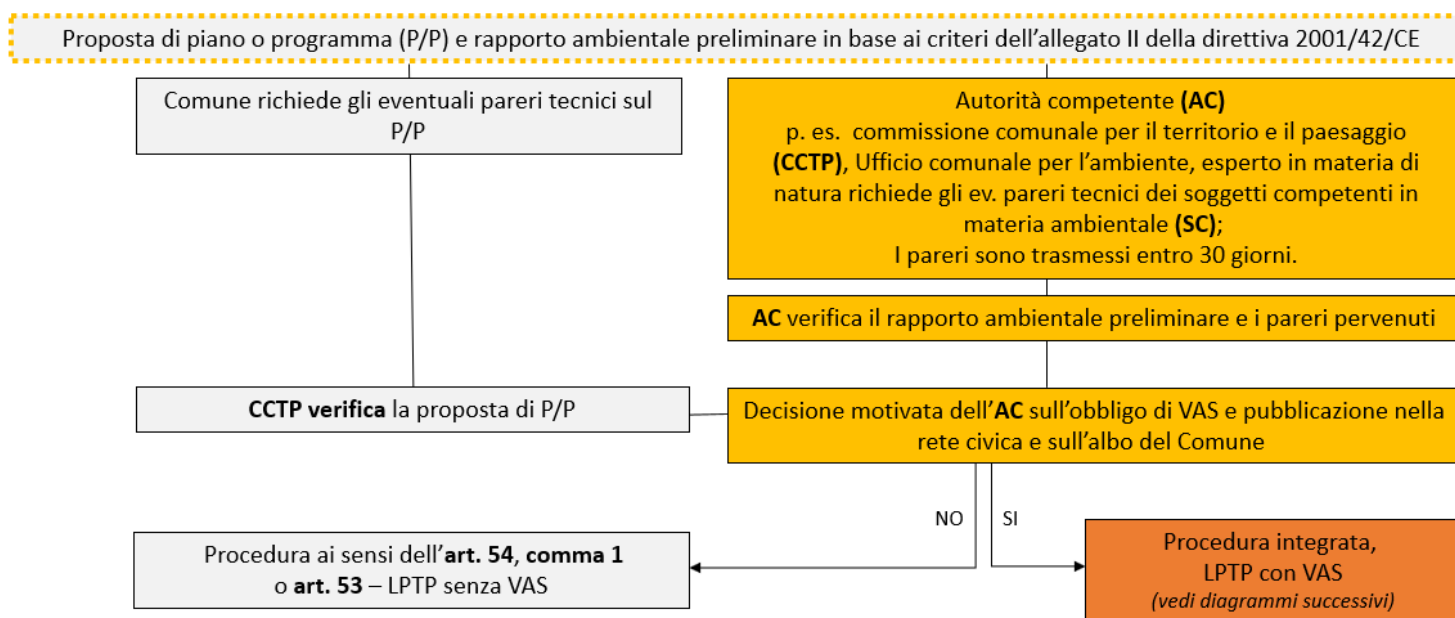
Esempio di una modifica di un piano soggetta a verifica di assoggettabilità a VAS: Il Comune pianifica il mutamento di destinazione d'uso di una zona di verde pubblico in una zona da adibire a parcheggio pubblico. In questo caso la modifica del piano non definisce il quadro di riferimento per l'autorizzazione dei progetti soggetti a valutazione impatto ambientale (VIA) o a verifica di assoggettabilità a VIA, né è necessaria una valutazione d'incidenza ai sensi della direttiva Habitat (Natura 2000). La modifica del piano definisce peraltro il quadro di riferimento per la futura autorizzazione di un progetto, cosicché deve essere applicata la procedura di verifica di assoggettabilità a VAS.

Esempio di una modifica di un piano non soggetta né a VAS né a verifica di assoggettabilità a VAS: Adeguamento delle norme di attuazione a disposizioni vigenti, ad es. adeguamento alle definizioni previste dall'art. 2 del DPP 24/2020. La modifica non definisce il quadro di riferimento per la futura autorizzazione di un progetto e non è pertanto soggetta né a VAS né a verifica di assoggettabilità a VAS.

Allegato B: Procedura di verifica di assoggettabilità a VAS nonché procedure di VAS per piani e programmi

In attuazione dei principi di economicità e semplificazione, la procedura di verifica di assoggettabilità a VAS viene coordinata con quelle di previste dalla legge provinciale 10 luglio 2018, n. 9 “Territorio e paesaggio” (LPTP), in modo da evitare duplicazioni di procedure ed assicurare il rispetto dei termini.

Procedura di verifica di assoggettabilità a VAS

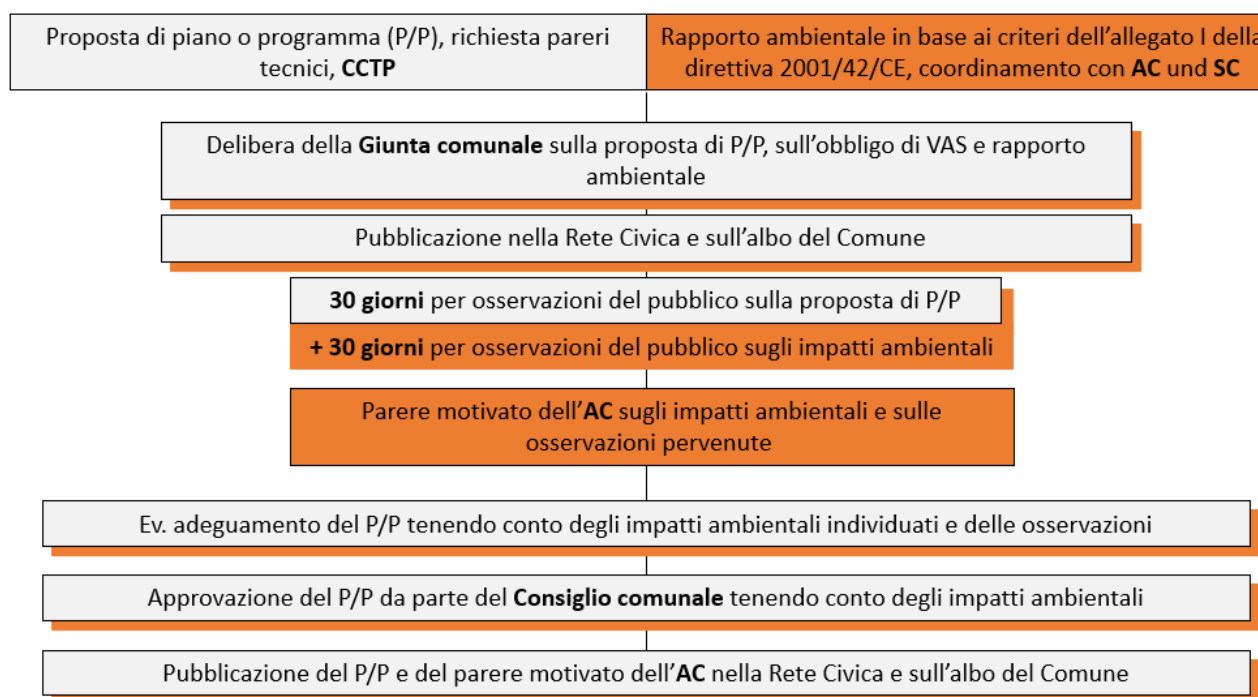


Legenda:

- Procedura ai sensi della LPTP
- Procedura di verifica di assoggettabilità a VAS
- Procedura VAS
- Procedura ai sensi della LPTP e verifica di assoggettabilità a VAS

In attuazione dei principi di economicità e semplificazione, la procedura di VAS viene coordinata con quelle di previste dalla legge provinciale 10 luglio 2018, n. 9 “Territorio e paesaggio” (LPTP), in modo da evitare duplicazioni di procedure ed assicurare il rispetto dei termini.

Procedura di VAS coordinata con la procedura ai sensi dell’art. 54, comma 1 della LPTP

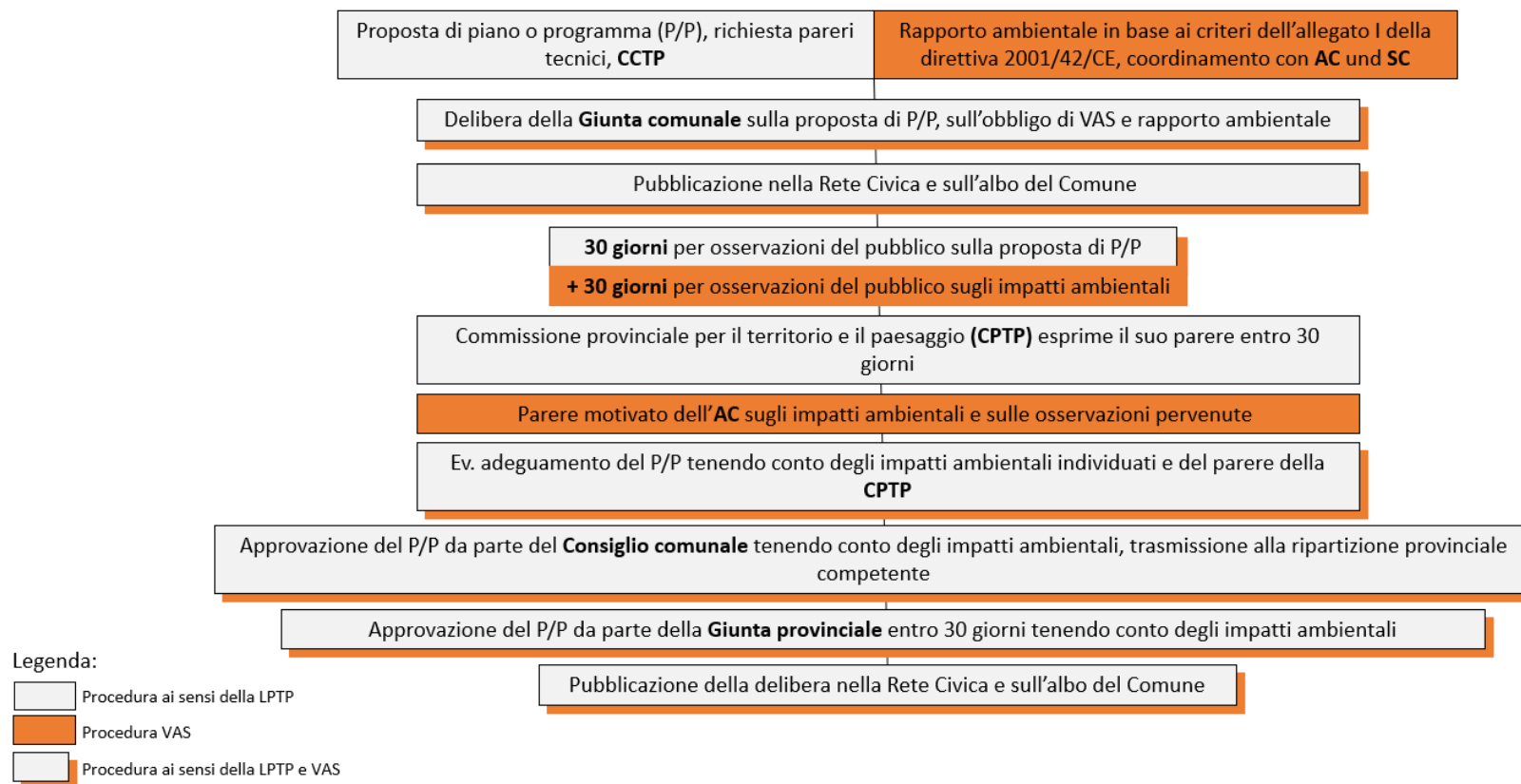


Legenda:

- Procedura ai sensi della LPTP
- Procedura VAS
- Procedura ai sensi della LPTP e VAS

In attuazione dei principi di economicità e semplificazione, la procedura di VAS viene coordinata con quelle di previste dalla legge provinciale 10 luglio 2018, n. 9 “Territorio e paesaggio” (LPTP), in modo da evitare duplicazioni di procedure ed assicurare il rispetto dei termini.

Procedura di VAS coordinata con procedura ai sensi dell’art. 53 della LPTP



Allegato C

INFORMAZIONI CONTENUTE NEL RAPPORTO AMBIENTALE PRELIMINARE

(Allegato II della Direttiva 2001/42/CE)

Lo scopo della valutazione preliminare del caso singolo è quello di valutare se il piano o il programma (P/P) possa avere effetti significativi sull'ambiente, tenendo conto dei criteri stabiliti nell'Allegato II della Direttiva 2001/42/CE. Questo elenco di criteri deve essere inteso come una lista di controllo che struttura e semplifica la valutazione preliminare. I criteri non sono elencati in ordine di importanza. La loro importanza dipende dal caso in questione. Come regola generale, più criteri vengono soddisfatti nell'attuazione del rispettivo piano o programma, maggiore è la probabilità di effetti ambientali significativi. Tuttavia, in alcuni casi, gli impatti relativi a un singolo criterio possono essere così importanti da rendere necessaria una VAS.

Il testo in grassetto si riferisce ai criteri elencati nell'Allegato II della Direttiva 2001/42/CE ed è integrato da spiegazioni aggiuntive e domande esemplificative.

1. *Caratteristiche del piano o del programma, tenendo conto in particolare, dei seguenti elementi:*

- *in quale misura il piano o il programma stabilisce un quadro di riferimento per progetti ed altre attività, o per quanto riguarda l'ubicazione, la natura, le dimensioni e le condizioni operative o attraverso la ripartizione delle risorse;*
- *in quale misura il piano o il programma influenza altri piani o programmi, inclusi quelli gerarchicamente ordinati;*
- *la pertinenza del piano o del programma per l'integrazione delle considerazioni ambientali, in particolare al fine di promuovere lo sviluppo sostenibile;*
- *problemi ambientali pertinenti al piano o al programma;*
- *la rilevanza del piano o del programma per l'attuazione della normativa comunitaria nel settore dell'ambiente (ad es. piani e programmi connessi alla gestione dei rifiuti o alla protezione delle acque).*

Quanto più preciso è il quadro di riferimento definito da un piano o un programma, tanto maggiore è la probabilità che venga richiesta una valutazione ambientale strategica.

Conseguentemente i piani o i programmi che per esempio non definiscono solo la zona residenziale o in cui vengono svolte le attività commerciali, ma anche la loro natura, le loro dimensioni ed (eventualmente) le condizioni operative, potrebbero definire un quadro di riferimento più approfondito rispetto a quelli che definiscono obiettivi senza indicare i dettagli del quadro di riferimento entro il quale conseguire tali obiettivi.

Se un piano o un programma influenza fortemente un altro piano o programma, gli eventuali effetti ambientali che potrebbe avere possono incidere più ampiamente (o profondamente) di quanto non avverrebbe se ciò non accadesse.

La pertinenza delle problematiche ai piani o ai programmi potrebbe essere interpretata in molti modi. Include i casi in cui i piani o i programmi causano o acuiscono problemi ambientali, in cui sono ridotti o influenzati da essi in altro modo, o in cui contribuiscono a risolverli, limitarli o evitarli. In ogni caso, sarà necessario individuare la natura e la gravità dei problemi ambientali che attengono al piano o al programma. I P/P che possono avere un impatto significativo sull'ambiente hanno maggiori probabilità di essere sottoposti a una valutazione ambientale strategica rispetto ai P/P a basso impatto ambientale. Inoltre, è importante esaminare l'importanza del P/P per la promozione degli obiettivi di sostenibilità definiti, ad esempio, nel documento strategico per lo sviluppo sostenibile dell'Alto Adige.

Possibili domande: Quali elementi essenziali caratterizzano la strategia del P/P? Quali progetti sono previsti nel P/P e di quale dimensione? I progetti sono soggetti alla procedura di verifica di assoggettabilità a VIA o alla valutazione d'impatto ambientale? Il P/P contribuisce a migliorare i problemi o le preoccupazioni ambientali dell'area? Ci sono obiettivi che mirano a un miglioramento ambientale diretto dell'area? Il P/P è influenzato o limitato da problemi ambientali esistenti nell'area? Il piano crea problemi ambientali o aggrava quelli esistenti? Quali obiettivi di sostenibilità sono promossi dal P/P, in che misura e attraverso quali provvedimenti?

2. Caratteristiche degli effetti e delle aree che possono essere interessate, tenendo conto in particolare, dei seguenti elementi:

- ***probabilità, durata, frequenza e reversibilità degli effetti,***
- ***carattere cumulativo degli effetti,***
- ***natura transfrontaliera degli effetti,***
- ***rischi per la salute umana o per l'ambiente (ad es. in caso di incidenti),***
- ***entità ed estensione nello spazio degli effetti (area geografica e popolazione potenzialmente interessate),***
- ***valore e vulnerabilità dell'area che potrebbe essere interessata a causa: delle speciali caratteristiche naturali del patrimonio culturale, o del superamento dei livelli di qualità ambientale o dei valori limite, o dell'utilizzo intensivo del suolo,***
- ***effetti su aree o paesaggi riconosciuti come protetti a livello nazionale, comunitario o internazionale.***

In questa sezione verranno descritti nello specifico i possibili impatti negativi del P/P in relazione all'ambiente. L'applicazione dei criteri per determinare gli effetti potenziali sull'ambiente richiede un approccio globale e sistematico. Ad esempio, per individuare possibili effetti significativi si devono considerare i fattori ambientali rilevanti per il P/P, come ad es. la biodiversità, la popolazione, la salute umana, la fauna, la flora, il suolo, l'acqua, l'aria, i fattori climatici, i beni materiali, il patrimonio culturale, incluse quello architettonico e archeologico, il paesaggio e l'interrelazione tra suddetti fattori.

Il rispetto del criterio del cumulo degli impatti dei P/P richiede ad esempio, di evitare che il requisito di una valutazione ambientale strategica dei P/P con probabili impatti ambientali significativi venga aggirato ricorrendo ad un frazionamento (artificioso) in più piani con impatti ambientali singolarmente non significativi.

La natura e le caratteristiche dei probabili effetti influenzeranno la significatività degli impatti in base al contesto in cui vengono considerati. Ad esempio, è importante considerare se la probabilità o la frequenza degli effetti sarà molto bassa (causa accidentale) o se gli effetti si verificheranno con continuità

Inoltre, quanto più complessi ((ad esempio attraverso sinergie, cioè l'effetto combinato è maggiore della somma dei singoli effetti)), più diffusi, duraturi o cumulativi sono gli effetti, tanto più è probabile che essi siano da considerare “significativi”.

Il particolare valore o la particolare vulnerabilità dell'area che potrebbe essere interessata può aumentare la probabilità che gli effetti in tale area vengano considerati significativi.

Infatti, ad esempio, una modifica di piano o il relativo progetto, anche di piccole dimensioni, possono avere un impatto significativo sull'ambiente se vengono realizzati in un luogo in cui i fattori ambientali sopra citati (biodiversità, aria, acqua, ecc.) sono sensibili al minimo cambiamento.

Possibili domande: Qual è la distribuzione degli impatti per area? Il P/P comporta un aumento significativo delle emissioni (nell'aria, nell'acqua, nel suolo) o una variazione nella produzione di rifiuti? Il P/P comporta un impoverimento significativo di risorse (consumo di acqua, energia, materie prime)? Il P/P causa sovrapposizioni (significative) con aree sensibili dal punto di vista ecologico e paesaggistico? Sono previste misure per prevenire possibili impatti negativi sull'ambiente (restrizioni/regolamenti sul tipo, l'estensione e l'ubicazione degli interventi)? Sono interessati dal P/P corsi d'acqua, acque stagnanti o le loro fasce di protezione, sorgenti, aree di protezione dell'acqua potabile o zone archeologiche? Ci sono aree di particolare importanza ecologica all'interno della/e area/e interessata/e che devono essere tenute in particolare considerazione nell'elaborazione del P/P? Il P/P ha impatti diretti o indiretti su aree protette (ad esempio, siti Natura 2000 designati ai sensi delle direttive Habitat o Uccelli, parchi nazionali, parchi naturali, aree paesaggistiche protette, parti del paesaggio protette o monumenti naturali)?

Allegato D

CONTENUTI DEL RAPPORTO AMBIENTALE

(Allegato I della Direttiva 2001/42/CE)

Il testo in grassetto si riferisce alle informazioni elencate nell' Allegato I della Direttiva 2001/42/CE ed è integrato da spiegazioni aggiuntive e domande esemplificative.

a. Illustrazione dei contenuti, degli obiettivi principali del piano o programma e del rapporto con altri pertinenti piani o programmi;

I contenuti, gli scopi e le motivazioni del progetto devono essere esposti in modo comprensibile. È necessario indicare dati riguardo alla localizzazione ed alla dimensione (superficie, densità, infrastrutture, ecc...). È necessario inoltre indicare in quale modo siano stati tenuti in considerazione gli obiettivi di protezione ambientale stabiliti dalle relative leggi, dai piani specifici e dagli altri strumenti di pianificazione (p.es. Piano delle zone di pericolo, piano urbanistico, piano paesaggistico, piano comunale per il territorio e il paesaggio, programma di sviluppo comunale per il territorio e paesaggio, Linee guida natura e paesaggio, PSP/Piano strategico provinciale, piano di attuazione). Devono essere citate le basi legislative o gli strumenti di pianificazione rilevanti. Non è di utilità ripetere o elencare tutte le norme.

b. Aspetti pertinenti dello stato attuale dell'ambiente e sua evoluzione probabile senza l'attuazione del piano o del programma;

Descrizione della situazione attuale e valutazione degli effetti ambientali, compresa la previsione nel caso di mancata attuazione del progetto, con particolare riferimento agli effetti rilevanti dell'intervento sull'ambiente. È inoltre necessario descrivere la "variante zero", che indica lo sviluppo o il potenziale di sviluppo dell'area senza l'intervento programmato. La "variante zero" non deve necessariamente avere effetti negativi sull'ambiente.

Esempio: L'effetto principale sull'ambiente nella costruzione di un magazzino consiste nel grande consumo di superficie, in relazione con il tipo di superficie utilizzata. Se questa superficie è un habitat naturale e di grande valore ecologico, l'effetto principale dell'intervento è la distruzione dell'habitat di valore ecologico mediante l'impermeabilizzazione del terreno. Un ulteriore impatto ambientale va visto indubbiamente anche nell'aumento del traffico con tutte le conseguenze (rumore, infrastrutture...) e tutto ciò deve essere valutato nel prosieguo della relazione. La variante zero significherebbe che l'habitat di valore ecologico verrebbe preservato e il problema del traffico non si porrebbe.

c. Caratteristiche ambientali delle aree che potrebbero essere significativamente interessate;

In questo capitolo devono essere descritte le caratteristiche essenziali del luogo che sarebbero influenzate dal progetto. Tale descrizione deve rendere evidenti gli aspetti ambientali che caratterizzano il luogo e le loro interazioni con il progetto. A tal fine può essere utilizzato come criterio di valutazione lo stato dei beni tutelati.

Esempio: Un prato con radi alberi da frutto ai margini di un centro abitato, dove si progetta di costruire abitazioni, non deve essere solo descritto, ma ne devono essere valutati anche la rarità, il valore paesaggistico e culturale, ecc.; è possibile anche una valutazione naturalistica. Per la valutazione della sensibilità dei beni tutelati, si possono raccogliere informazioni tramite la consultazione delle Liste Rosse di biotopi, animali e piante. Sono adatti a questo scopo anche le rilevazioni degli inventari di elementi paesaggistici e culturali che si trovano già in diversi Comuni.

d. Qualsiasi problema ambientale esistente, pertinente al piano o programma, ivi compresi in particolare quelli relativi ad aree di particolare rilevanza ambientale, quali le zone designate ai sensi delle direttive 79/409/CEE e 92/43/CEE;

Devono essere esposte informazioni riguardo a tutti i problemi ambientali attualmente rilevanti per il piano o programma (P/P) (es. qualità dell'aria e dell'acqua, flora, fauna, habitat). Sulla base di queste informazioni si deve verificare in quale modo queste problematiche influenzino il P/P e se sussista la probabilità che il P/P stesso acuisca problemi preesistenti, li riduca o agisca su di essi in altro modo. Per zone con particolare rilevanza ambientale si intendono zone dal valore ecologico particolarmente alto, ad esempio zone protette Natura 2000, ma anche parchi naturali o nazionali, o anche zone che ospitano specie che compaiono nelle Liste Rosse locali o dove si trovano habitat e specie di interesse europeo. Può trattarsi anche di zone (habitat) che non godono di protezione, ma ospitano specie indicate nelle specifiche Liste Rosse (locali, nazionali, europee, internazionali), o sono luogo di sosta o di cova di specie di uccelli di interesse nazionale o internazionale. Inoltre, la zona in questione può essere un tipo di biotopo sottoposto ad un alto rischio ecologico (es. zone paludose, sabbiose, ghiaiose, ecc.). Se l'intervento consiste nel cambiamento di destinazione di aree che si trovano all'interno di Natura 2000 o nelle immediate vicinanze (= possibile influenza su Natura 2000), è necessario anzitutto sottoporlo alla valutazione d'incidenza ai sensi dell'art. 6 della direttiva Habitat (v. anche la legge provinciale 12 maggio 2010, n. 6 di tutela della natura).

- e. Obiettivi di protezione ambientale stabiliti a livello internazionale, comunitario o degli Stati membri, pertinenti al piano o al programma, e il modo in cui, durante la sua preparazione, si è tenuto conto di detti obiettivi e di ogni considerazione ambientale;***

I conflitti di cui ai punti c) e d) devono essere valutati alla luce degli scopi di protezione ambientale definiti a livello internazionale, europeo e nazionale. In questa parte si deve tenere conto anche di scopi comunitari quali l'interconnessione e la protezione degli habitat.

(ad es. Agenda 2030; The European Green Deal; Trattato di Parigi; Direttiva 92/43/CEE del Consiglio, del 21 maggio 1992, relativa alla conservazione degli habitat naturali e seminaturali e della flora e della fauna selvatiche; Direttiva 2009/147/CE del Parlamento europeo e del Consiglio, del 30 novembre 2009, concernente la conservazione degli uccelli selvatici; Direttiva 2000/60/CE del Parlamento europeo e del Consiglio, del 23 ottobre 2000, che istituisce un quadro per l'azione comunitaria in materia di acque (Direttiva Quadro sulle acque); Strategia dell'UE sulla biodiversità per il 2030; Piano d'azione dell'UE: "Verso un inquinamento zero per aria, acqua e suolo; Convenzione europea del paesaggio; Convenzione di Faro sul Patrimonio Culturale (ratificata in Italia); legge 26 ottobre 1995, n. 447 (legge quadro sull'inquinamento acustico); Strategia Nazionale per la Biodiversità al 2030; Decreto del Presidente del Consiglio dei Ministri n. 1360 del 24 aprile 2019 (Piano Strategico Nazionale per una mobilità sostenibile); Decreto legislativo 22 gennaio 2004 n. 42 (Codice dei beni culturali e del paesaggio); Patto di sostenibilità per l'Alto Adige; Piano Generale per l'Utilizzazione delle Acque Pubbliche per la Provincia Autonoma di Bolzano (PGUAP); Piano di Tutela delle Acque per la Provincia Autonoma di Bolzano (PTA); legge provinciale 10 luglio 2018, n. 9 "Territorio e paesaggio"; 4. aggiornamento del "Piano di gestione dei rifiuti 2000" (Deliberazione della Giunta Provinciale n. 1139 del 28 dicembre 2021); legge provinciale 12 maggio 2010, n. 6, "Legge di tutela della natura e altre disposizioni"; legge provinciale 13 febbraio 2023, n. 3, "Tutela degli habitat acquatici ed esercizio sostenibile della pesca"; Piani comunali di classificazione acustica; Piano clima Alto Adige 2040;.

- f. Possibili effetti significativi sull'ambiente, compresi aspetti quali la biodiversità, la popolazione, la salute umana, la flora e la fauna, il suolo, l'acqua, l'aria, i fattori climatici, i beni materiali, il patrimonio culturale, anche architettonico e archeologico, il paesaggio e l'interrelazione tra i suddetti fattori;***

La valutazione può essere redatta in modo descrittivo oppure in forma di tabella, tramite una scala di valori. È tuttavia importante che il metodo di valutazione sia indicato chiaramente. Nella valutazione è consigliabile ricorrere alle banche dati esistenti (geodati dei diversi sistemi informativi, letteratura specifica sull'argomento, dati storici, risultati di sopralluoghi, ecc.). La descrizione deve essere adeguata alle dimensioni dell'intervento, facendo riferimento a tutti gli aspetti ambientali e ai beni tutelati (devono essere valutati gli effetti sui beni tutelati che vengono influenzati o sui quali è pronosticabile

un'influenza). Deve essere precisato chiaramente in quale zona si possano verificare degli effetti e in che cosa consistano tali effetti. Deve essere inoltre indicato in che cosa consistono le interazioni fra i singoli beni protetti (es. impermeabilizzazione del suolo e stato delle acque sotterranee). I seguenti beni ambientali sono indicati nella direttiva e devono essere valutati a seconda del progetto: tutela del suolo: es. impermeabilizzazione delle superfici; tutela dell'acqua: es. stato delle acque sotterranee., acque superficiali; tutela dell'aria e dei fattori climatici: es. qualità dell'aria; tutela della biodiversità e del paesaggio: es. grado di rischio per gli habitat; tutela della flora e della fauna: es. Liste Rosse; tutela della popolazione e della salute umana: es. rumore, elettrosmog; tutela dei beni materiali e del patrimonio culturale: es. tutela dei beni culturali, tutela degli insiemi; tutela del patrimonio archeologico: es. zone archeologiche protette, rilevanza storica e culturale.

Esempio: Per l'inserimento di un'infrastruttura stradale si dovranno indicare ai fini della valutazione dati riguardo al bene oggetto di tutela suolo (impermeabilizzazione), inoltre dovranno essere presi in considerazione relativamente al bene oggetto di tutela aria la qualità dell'aria ed il rumore. Le previsioni d'impatto andranno elaborate in base ai dati a disposizione (traffico attuale, aumento del traffico, spostamento del traffico).

g. Misure previste per impedire, ridurre e compensare nel modo più completo possibile gli eventuali effetti negativi significativi sull'ambiente dell'attuazione del piano o del programma;

La priorità deve dunque essere data nell'evitare i conflitti con i beni tutelati. Solo se questo non è possibile devono essere previste misure di mitigazione o compensazione dei danni. Devono essere esposte le possibilità di diminuire o compensare i rilevanti effetti negativi descritti nel rapporto ambientale. Possono essere misure definite o previste nel P/P. In tale contesto è però necessario tenere conto del fatto che misure e misure di attenuazione del danno possono avere a loro volta effetti negativi sull'ambiente che vanno considerati (es. strutture di protezione). In generale tutte le misure devono essere indicate in modo vincolante nel P/P ed attuate nei livelli di pianificazione successivi.

h. Sintesi delle ragioni della scelta delle alternative individuate e una descrizione di come è stata effettuata la valutazione, nonché le eventuali difficoltà incontrate (ad esempio carenze tecniche o mancanza di know-how) nella raccolta delle informazioni richieste;

Le informazioni riguardo alla scelta delle alternative sono necessarie per comprendere i motivi di determinate scelte e in quale rapporto esse stiano con l'intervento previsto. Analogamente, è necessario fornire una motivazione plausibile per la scelta di una variante, alla luce della valutazione degli effetti sui beni tutelati. A questo proposito è necessario indicare le eventuali difficoltà, incertezze di previsione o le lacune nelle conoscenze. Può eventualmente essere utile spiegare in che modo sono state risolte simili difficoltà.

i. Descrizione delle misure previste in merito al monitoraggio;

Il rapporto ambientale deve contenere anche una descrizione delle misure di controllo (monitoring) previste. Occorre prevedere misure che consentano di individuare tempestivamente gli effetti negativi dovuti alla realizzazione del progetto sui suddetti beni protetti ed eventualmente di intervenire in misura adeguata contro di essi. Il rapporto ambientale deve prevedere un piano di attuazione di tali interventi. Il monitoraggio dovrebbe esaminare se le ipotesi e gli impatti ambientali su cui si basa la VAS siano effettivamente corretti, se siano state attuate le misure di prevenzione, mitigazione e compensazione raccomandate, se gli obiettivi corrispondenti siano stati raggiunti, se la pianificazione abbia effettivamente avuto effetti e se si siano verificati impatti negativi imprevisti. Inoltre, è necessario stabilire chi è responsabile del monitoraggio e in che misura, e per quali finalità vengono utilizzati i risultati del monitoraggio. I risultati del monitoraggio servono come base per i piani futuri.

j. Sintesi non tecnica delle informazioni di cui alle lettere precedenti.

La sintesi non tecnica assolve allo scopo di rendere facilmente accessibili e comprensibili al pubblico ed ai decisori gli aspetti e i risultati principali del rapporto ambientale. Essa deve tener conto anche degli

effetti delle misure di prevenzione, mitigazione e compensazione. La sintesi non tecnica deve essere scritta in lingua italiana e tedesca. Per la rappresentazione semplificata dei risultati possono essere utili una tabella riepilogativa e un piano riassuntivo.

Allegato E

Link utili

- Geobrowser della Provincia Autonoma di Bolzano: <https://maps.civis.bz.it/>
- Lexbrowser della Provincia Autonoma di Bolzano: <http://lexbrowser.provinz.bz.it/de>
- Ufficio Valutazioni ambientali: <https://ambiente.provincia.bz.it/valutazioni-ambientali.asp>
- Ufficio Pianificazione comunale: <https://www.provincia.bz.it/natura-ambiente/natura-territorio/pianificazione/pianificazione-comunale.asp>
- Registro degli esperti: <https://www.provincia.bz.it/natura-ambiente/natura-territorio/ricerca-registro-degli-esperti.asp>
- Progetti sottoposti a valutazione di impatto ambientale (VIA) o a verifica di assoggettabilità (Screening):
extension://elhekieabhbkmcefcobjddigjcaadp/https://ambiente.provincia.bz.it/downloads/Anhang_Neues_UVP-Gesetz_Italienisch.pdf
- Valutazione di Incidenza: <https://www.provincia.bz.it/natura-ambiente/natura-territorio/natura2000/valutazione-incidenza.asp>